



Dokumentation IBEB-Diskursforum

zum Thema

Kita-Finanzierung in Rheinland-Pfalz
-Konsequenzen aus dem Kommunalbericht 2017 des
Rechnungshofes Rheinland-Pfalz-
am 10.11.2017 in Koblenz



Institut für Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit | Rheinland-Pfalz

Hochschule Koblenz
Fachbereich Sozialwissenschaften
Konrad-Zuse-Str. 1
56075 Koblenz

www.ibeb-rlp.de

Ansprechpartner*in:

Prof. Dr. Armin Schneider (0261-9528 208; schneider@hs-koblenz.de)

Janina Gerdes, M.A. (0261-9528 266; gerdes@hs-koblenz.de)



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

als im September der neue Kommunalbericht 2017 des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz veröffentlicht wurde, waren die Reaktionen aus dem Feld der Kindertagesbetreuung vehement, teilweise auch nicht immer sachlich und konstruktiv. Als Institut für Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit | Rheinland-Pfalz (IBEB) ist es unser Anliegen, in der Komplexität des Feldes Diskurse aufzugreifen und die unterschiedlichsten Perspektiven auf das Feld an einen Tisch zu bringen und damit zur Weiterentwicklung eines kompetenten Systems beizutragen. Daher haben wir uns gefreut, dass der Präsident des Rechnungshofes Rheinland Pfalz, Jörg Berres, direkt seine Bereitschaft geäußert hat, seine Sicht der Dinge darzustellen und mit Spitzenvertreter*innen im Rahmen eines IBEB-Diskursforums zu diskutieren. Ebenso sind wir dankbar, mit Dr. Christiane Meiner-Teubner eine Expertin gefunden zu haben, die mit der Statistik der Kindertagesbetreuung, auch und besonders in Rheinland-Pfalz, durch und durch vertraut ist und fundiert und kritisch Stellung zum Bericht des Rechnungshofes nehmen konnte.

Dass die Perspektiven zwischen einem Rechnungshof, der auf die wirtschaftliche und sachgemäße Verwendung öffentlicher Mittel verpflichtet ist, und einem Feld, das sich an pädagogischen Maßstäben und dem Wohl des Kindes ausrichtet, unterschiedlich sind, war allen Beteiligten klar. Verkürzt gesagt: Es ergibt einen Unterschied, ob man von Kosten oder von Investitionen ausgeht.

Erkennbar war, dass es im Land eine breite Spanne unterschiedlicher Handhabungen und Rahmenbedingungen gibt – wie auch das so genannte Controllingpapier aus dem Jahr 1999, auf das sich der Rechnungshof bezieht – die dringend einer Fortschreibung bedürfen. Dabei muss der Entwicklung Rechnung getragen werden, dass ein breiter gesellschaftlicher Konsens durch das Handeln der Familien gestützt wird, indem Kinder früher, vielfach ganztags einer Kindertageseinrichtung anvertraut werden – und zwar nicht nur zur Betreuung, sondern zur Bildung und zur Erziehung. Ob das Mehr an Aufgaben auch dem Mehr an Ressourcen entspricht, kann zumindest diskutiert werden.



In der differenzierten Darstellung des Rechnungshofes sind neben den Berechnungen zu den Finanzmitteln auch die Empfehlungen von Bedeutung und diskussionswürdig, die organisatorischer Natur sind, z.B. in Bezug auf Verwaltung und Trägerschaft von Kitas auf Verbandsgemeindeebene.

Die Diskussion im Feld und in der Politik wird weitergehen, daher sind wir auch der Bitte des Landesrechnungshofes nachgekommen, die Stellungnahme zur Präsentation von Frau Dr. Meiner-Teubner ebenfalls in diese Dokumentation aufzunehmen, zeigt diese doch noch einmal die unterschiedlichen Verständnisse und Perspektiven auf das Feld der Kindertagesbetreuung.

Wir wünschen uns weitere fruchtbare Diskurse, die dem Stellenwert von Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit Rechnung tragen und auch im Vorfeld der Novelle des Kindertagesstättengesetzes dazu führen, nicht die Diskussion um die notwendigen Investitionen und deren Verteilung aus dem Blick zu verlieren.

Ich wünsche eine gute Lektüre und grüße herzlich aus Koblenz

Prof. Dr. Armin Schneider
Direktor des IBEB



Inhaltsverzeichnis

1. Konzept der IBEB-Diskursforen	5
2. Ziel der Veranstaltung bzw. Fragestellung des Forums	6
3. Beteiligte des IBEB-Diskursforums.....	7
4. Ablauf der Veranstaltung.....	8
5. Impressionen.....	9
6. Entwicklungen der Veranstaltung.....	10
7. Literatur.....	13
Anhang.....	13
Impulsvorträge.....	14



1. Konzept der IBEB-Diskursforen

Der Diskurs als zentrales Anliegen des Institutes für Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit | Rheinland-Pfalz (IBEB) dient der Sicherung und Weiterentwicklung von Qualität in der Kindertagesbetreuung. Durch den Diskurs werden die Reflexion und der Austausch auf allen Handlungs-, Verantwortungs- und Systemebenen ermöglicht. Dabei dienen die IBEB-Diskursforen der Vernetzung und Kooperation verschiedener Akteur*innen in einem kompetenten System.

Das IBEB-Diskursforum stellt eine Plattform dar, welche die Möglichkeit für einen konstruktiven und nachhaltigen Austausch der Beteiligten im Feld der Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit bietet. Um die Qualität in der Kindertagesbetreuung weiter zu entwickeln und der Komplexität des Beziehungsgeschehens in diesem Feld gerecht zu werden, bedarf es eines kompetenten Systems. Ziel ist es folglich, dieses kompetente System zu stärken. Somit orientiert sich dieses Forum inhaltlich an den aktuellen Bedarfen und Themen der Akteur*innen. Das IBEB schafft hierfür die Struktur und übernimmt die Organisation. Inhaltlich wird dieses Forum themenspezifisch organisiert. Dabei wird der Schwerpunkt auf unterschiedliche Perspektiven gelegt, die ein Thema durch den Diskurs voranbringen. Hierzu wird durch geladene Impulsgeber*innen ein fachlich-theoretischer Input gegeben. Auf dieser Grundlage baut dann ein methodisch-moderierter Austausch zwischen den Teilnehmer*innen auf. Im Rahmen des IBEB-Diskursforums wird den Beteiligten genügend Raum für Gesprächsbedarfe gegeben, um den Diskurs auf allen Ebenen des kompetenten Systems anzuregen und einen konstruktiven und nachhaltigen Austausch zu schaffen.

Somit steht in einem IBEB-Diskursforum das konkrete Ziel im Vordergrund, die bisherigen Entwicklungsschritte sowie den Sachstand hinsichtlich des jeweiligen Schwerpunktes zu thematisieren, damit Transparenz herzustellen und die Erkenntnisse für die weitere Qualitätsentwicklung und -sicherung im Feld der Kindertagesbetreuung zu nutzen. Die Zusammensetzung der IBEB-Diskursforen ist variabel und themenabhängig. Die Veranstaltungen sollen wiederkehrend, in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden und zielen darauf ab, nachhaltige Impulse in das System der Kindertagesbetreuung zu geben. Die Ergebnisse der durchgeführten Diskursforen werden an die Teilnehmer*innen versendet und in den KiTa-Tag der Spitzen eingespeist.



2. Ziel der Veranstaltung bzw. Fragestellung des Forums

Ziel der Veranstaltung war es, auf der Grundlage der Impulsvorträge mit entsprechenden Statements zum Kommunalbericht 2017, zu überlegen, welche Perspektiven und Konsequenzen sich aus dem gemeinsamen Diskurs für das Feld der Kindertagesbetreuung in Rheinland-Pfalz ergeben können.

Im Kommunalbericht 2017 des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz wurden unter anderem die Aufwendungen für den Betrieb der Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz thematisiert und vor dem Hintergrund der gesetzlichen Grundlagen bewertet. Das Institut für Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit | Rheinland-Pfalz (IBEB) betrachtet es als notwendig, im Rahmen des Formates der IBEB-Diskursforen, die Möglichkeit eines differenzierten Austauschs zu eröffnen. Hierzu wurden Vertreter*innen der kommunalen und freien Träger, des Landkreistages sowie des Gemeinde- und Städtebundes, der Wissenschaft, des Landesjugendamtes und des Ministeriums für Bildung eingeladen.

Nach der Begrüßung durch Herrn Prof Dr. Schneider, erfolgte zunächst ein kurzer Input Seitens des IBEB durch Janina Gerdes über das Format der IBEB-Diskursforen. Die anschließenden Impulsvorträge boten aus verschiedenen Blickrichtungen einen anschaulichen Überblick über den Inhalt des Kommunalberichts 2017, insbesondere des Prüfbereiches Kindertagesstätten.

Die konkreten Blickrichtungen verschaffte einerseits der Impulsvortrag durch den Präsidenten des Rechnungshofes Jörg Berres mit dem Titel *Erkenntnisse und Folgerungen aus dem Kommunalbericht 2017 aus der Perspektive des Rechnungshofes*, welche das Spannungsfeld von Zielen der Kita-Arbeit und den Rahmenbedingungen aufzeigt. Andererseits brachte Dr. Christiane Meiner-Teubner, Forschungsverbund TU Dortmund/ DJI Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, Impulse aus ihrer fachlichen Expertise in einer *Kommentierung des Kommunalberichtes 2017 des Landesrechnungshofes RLP* ein. Beide Impulsvorträge befinden sich im Anhang dieser Dokumentation.

Im Anschluss an die Impulsvorträge wurde die Möglichkeit einer Diskussion auf der Basis der Impulse geschaffen. Nach dieser Diskussion erhielten die Impulsgeber*innen die Möglichkeiten, ihr Abschlussstatement darzulegen. Prof. Dr. Schneider beendete das IBEB-Diskursforum mit einem abschließenden Resümee



3. Beteiligte des IBEB-Diskursforums

Name	Vorname	Institution	Auswahl
Berres	Jörg	Rechnungshof Rheinland-Pfalz	Präsident
Domkapitular Eberhardt	Hans-Jürgen	Caritasverband für die Diözese Mainz e.V.	LIGA-Vorsitzender
Eisenstein	Claus	Jugendamt Stadt Landau in der Pfalz	Amtsleitung
Fachinger-Möwis	Britta	Bistum Limburg	Fachberatung
Fischer	Daniel	Hochschule Koblenz	Student
Flick	Jürgen	Rechnungshof Rheinland-Pfalz	Ministerialrat
Gerdes	Janina	Hochschule Koblenz/IBEB	wissenschaftliche Mitarbeiterin
Prof. Dr. Haderlein	Ralf	Hochschule Koblenz	Professor
Hahn	Jürgen	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung	Referent für Grundsatzfragen im Bereich Verwaltung, Haushalt
Hannöver-Meurer	Eva	Caritasverband für die Diözese Limburg e.V.	Referentin Psychologische Beratungsdienste
Imanishi	Naomi	Ministerium für Bildung	Rechtsangelegenheiten der Kindertagesbetreuung
Käseberg	Regina	Ministerium für Bildung	Leiterin der Abteilung Frühkindliche Bildung
Kosno-Müller	Beata	Landeselternausschuss Rheinland-Pfalz	stellvertretende Vorsitzende
Meffert	Horst	Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz	Referent
Meiswinkel	Anne	Landkreistag Rheinland-Pfalz	Referentin Dezernat V
Dr. Meiner-Teubner	Christiane	Forschungsverbund TU Dortmund/ DJI Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik	wissenschaftliche Mitarbeiterin
Michell	Doris	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung	Referatsleiterin
Pohlmann	Ulrike	Hochschule Koblenz/IBEB	Geschäftsführerin IBEB
Roth	Xenia	Ministerium für Bildung	Grundsatzfragen der Kinderbetreuung, Qualitätssicherung institutioneller Betreuung von Kindern, stellvertretende Abteilungsleiterin



Schermuly	David	Bistum Limburg, Referat Qualitätsmanagement und Fortbildungen	Inhouse-Schulungen Kita-Plus
Dr. Schieler	Andy	Hochschule Koblenz/IBEB	wissenschaftlicher Mitarbeiter
Prof. Dr. Schneider	Armin	Hochschule Koblenz/IBEB	Direktor IBEB / Professor
Ulrich	Jürgen	Kreisverwaltung Neuwied, Kreisjugendamt	Jugendamtsleiter
Weis	Ute	Caritasverband für die Diözese Speyer e. V.	Referentin für Kindertageseinrichtungen
Weiß	Christian	Hochschule Koblenz	Abteilungsleiter Finanzen und Beschaffung
Zels	Andreas	AWO Bezirksverband Rheinland	Geschäftsführer, LIGA- Vorstandsmitglied

Die Auswahl der Teilnehmer*innen wird durch die Funktionen der Personen begründet. Darüber hinaus erfolgte die Auswahl anhand der Empfehlungen der verschiedenen Akteure im Feld der Kindertagesbetreuung. Diese wurden kontaktiert und aufgefordert, geeignete Personen für das IBEB-Diskursforum zu benennen. Ebenso wurden die Kontakte des IBEB genutzt.

4. Ablauf der Veranstaltung

- 14.00 – 14.05 Uhr Begrüßung durch Herrn Prof. Dr. Schneider
- 14.05 – 14.10 Uhr Erläuterung des Formats - Frau Gerdes
- 14.10 – 14.40 Uhr Impulsvortrag – Herrn Berres
- 14.40 – 15.10 Uhr Impulsvortrag - Frau Dr. Meiner-Teubner
- 15.10 – 15.50 Uhr Diskussion
- 15.50 – 16.00 Uhr Abschlussstatements der Vortragenden sowie Schlusswort



5. Impressionen





6. Entwicklungen der Veranstaltung

Die Veranstaltung spiegelte anhand des Austausches der unterschiedlichen Perspektiven der Teilnehmer*innen die Komplexität der Anforderungen für das System der Kindertagesbetreuung wider. Die unterschiedlichen Standpunkte bildeten sich nicht nur in den Impulsvorträgen sondern ebenso in der anschließenden Diskussion ab.

Seitens des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz (LRH) wurde zunächst die Bedeutung einer wirtschaftlich orientierten Finanzierungsbasis der Kindertagesbetreuung und deren Optimierung betont. Herr Berres benannte hierzu den Auftrag des Rechnungshofes, der darin besteht, die ordnungsgemäße und wirtschaftliche Durchführung von öffentlichen Aufgaben zu überprüfen. Die Basis des Kommunalberichtes (113 Kitas) benannte der Präsident des LRH als ausreichend für die Analyse im Rahmen des Kommunalberichtes, da diese nicht dem Anspruch der Repräsentativität entsprechen müsse. Die im Bericht formulierten 90 Mio. Euro stellen aus Sicht des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz kein Einsparpotential sondern Mehrausgaben, also Ausgaben die die veranschlagten Ausgaben übersteigen, dar.

Es sei elementar, die hochverschuldeten Kommunen nicht aus dem Blick zu verlieren. Für einen Finanzausgleich der Kommunen sei aktuell ein dreistelliger Millionenbetrag notwendig. Der Anstieg von U3-Plätzen und die damit verbundenen Ausgaben sind zu einem großen Teil in den Personal- und Sachkosten zu begründen. Davon werden ca. 80% der Kosten über Kassenkredite der Kommunen und damit von den zukünftigen Generationen finanziert. Dies sei keine gerechte Lösung, daher bestehe die Notwendigkeit, eine nachhaltige Perspektive für die Kommunen zu entwickeln. Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz rief folglich dazu auf, eine Balance zwischen den verschiedenen Zielen (Kostendeckung und Bedarfsorientierung) herbeizuführen. Er formulierte die Bitte an die Landesregierung, einheitliche Standards im Kita-Bereich einzuführen. Erste Empfehlungen des Rechnungshofes wurden formuliert: Personalbemessung nach angemeldeten Kindern, Verbesserung der Bedarfsprüfungen, Bedarfsnachweis der Eltern bei Anmeldung, Begrenzung der Ganztagsplätze durch mehr verlängerte Vormittagsangebote, Anstellungsträger für Kita-Personal bei Verbands- statt Ortsgemeinden erleichtert Personalsteuerung, Prüfung einer zentralen Steuerung der Kita-Anmeldung und Belegung in der Stadt sowie für die Ortsgemeinden auf VG-Ebene zur Optimierung der wohnortnahen Versorgung, Benchmarking der Jugendämter zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit.



Die Betrachtung durch Frau Dr. Meiner-Teubner erfolgte anhand von zwei Blickrichtungen: zum einen die inhaltlich-fachliche und zum anderen die statistische Perspektive.

Bei dem Thema „Anstieg der Ausgaben“ (vgl. Kommunalbericht 2017, S.62ff) bestehe nach Analyse von Dr. Meiner-Teubner in den Berechnungen des Rechnungshofes ein Wechsel der Bezugsgrößen. Darüber hinaus müssten aus ihrer Sicht bei der Berechnung weitere Faktoren berücksichtigt werden, z.B. dass jedes dritte Kind in Rheinland-Pfalz (RLP) einen Migrationshintergrund hat. 18% der Kitas weisen einen Anteil von mind. 50% Kinder mit Migrationshintergrund auf und benötigen zusätzliches Erziehungspersonal. Nicht außer Acht zu lassen sei ebenso die Tatsache, dass im Vergleich zu anderen Bundesländern Kinder in RLP ganzjährig aufgenommen werden. In Bezug auf die Vergleichsrechnung von zwei Kitas im Kommunalbericht merkte Frau Dr. Meiner-Teubner an, dass hier die Angaben zu den Betreuungszeiten der Kinder fehlen, Angaben zur Leitungsfreistellung nicht vorhanden sind sowie in RLP die große Spanne der Angebotsgestaltung in den einzelnen Jugendamtsbezirken zu berücksichtigen sei. Folglich irritiere, so Dr. Meiner-Teubner, die Forderung nach Einsparungen in diesem Bereich.

Im Gesamtdiskurs wurden folgende Aspekte von den Teilnehmer*innen angeführt:

Die Steuerkraft in RLP sei aufgrund der ländlichen Prägung mit wenigen größeren Städten niedrig. Auch die Struktur der Orts- und Verbandsgemeinden berge weitere Herausforderungen, wie z.B. die Suche nach ehrenamtlichen Bürgermeistern und zugleich die zentrale Bedeutung von Kitas für die einzelne Ortsgemeinde. Die Kommunen müssen und wollen Bedarfe von Familien erfüllen. Dennoch sei die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben nicht immer möglich. In diesem Kontext müssten systembedingte Ausgaben der Kommunen Berücksichtigung finden, wie z.B. die eingeschränkte Planbarkeit der Platzbelegung.

Der Landesrechnungshof (LRH) sieht nach seinen Berechnungen in RLP die höchsten Platzausgaben bundesweit. Das hohe Defizit der Kommunen insgesamt und der Anstieg der Ausgaben im Kitabereich würden das System belasten. Er bewertete die Steigerung der Kosten multikausal. Aus diesen Gründen sei der LRH nur auf die Positionen in seinem Bericht eingegangen, die veränderbar sind. Die Betreuungs- bzw. Anwesenheitszeiten der Kinder sieht der LRH als wesentliche Grundlage der Finanzierung. Es gehe daher um die Prüfung des geltenden Rechts. Herr Berres



benannte als Verbesserungsmöglichkeit, die stärkere Bündelung der Fachkompetenzen auf Ebene der Verbandsgemeinden.

Über die kritische Betrachtung aus unterschiedlichen Perspektiven heraus, diene der Kommunalbericht aus *Ministeriumssicht* auch in positiver Hinsicht der Schärfung der politischen Auseinandersetzung und der Positionierung auf politischer Ebene. Das Ministerium für Bildung beschrieb, dass es das Arbeitsfeld jedoch grundsätzlich aus einer anderen Perspektive betrachte. Hierbei werde die große Heterogenität und die fachlichen Notwendigkeiten für die Kita-Arbeit gesehen. Aus Ministeriumssicht suggeriere der Kommunalbericht 2017, dass RLP sich etwas leiste, was sich das Land angesichts der Verschuldung der Kommunen nicht leisten könne. Aus fachlicher Sicht sei das System der Kindertagesbetreuung jedoch unterfinanziert. Das Ministerium für Bildung zweifelt die Aussage des LRH an, dass RLP das meist verschuldetest Land in Deutschland ist. Ein solcher Vergleich sei angesichts der verschiedenen Finanzierungssysteme nicht aussagekräftig. Eine angemessene Finanzierung des Systems der Kindertagesbetreuung sei auch aus wirtschaftlicher Perspektive im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf notwendig. Der Fachkräftebedarf im wirtschaftlichen Bereich könne zu einer Anhebung der Steuersätze führen, da insbesondere die Wirtschaft von einem gut ausgebauten Kita-System profitiert.

Aus *Trägersicht* sind im Bericht des LRH die Bandbreiten der Gruppengrößen nicht genügend berücksichtigt worden. Es scheint, dass die Maximalauslastung für die Berechnungen genutzt wurde. Trägervertreter führten an, dass die Signale des Berichtes aus ihrer Sicht in der Praxis große Irritationen verursachen. Ebenso wurde die Finanzierung der Personalkosten als problematisch bewertet. Das Ziel müsse darin bestehen, in den rechtlichen Grundlagen insbesondere die Förderung von Familien zu berücksichtigen. Ebenso positionierte sich der *Landeselternausschusses* (LEA) und führte an, dass in Bezug auf die Einrichtungswahl und die Öffnungszeiten der Einrichtungen Elternwünsche in der Realität nicht immer berücksichtigt werden können. Die individuellen Bedürfnisse der Kinder erfordern auch aus Sicht des LEA einen guten Personalschlüssel. Grundsätzlich sei es dem LEA wichtig zu überlegen, welche Qualität in Kitas gewünscht sei. Die Beitragsfreiheit stelle hierbei einen großen Nutzen für die Familien dar und leiste einen entscheidenden Beitrag für die Chancengleichheit hinsichtlich der Bildungsprozesse aller Kinder.



Der Diskurs der Teilnehmer*innen umfasste Aspekte, die in Bezug zu dem jeweiligen Arbeitsfeld stehen. Es wurde deutlich die Notwendigkeit formuliert, im System der Kindertagesbetreuung nicht nur die ökonomischen Bedingungen sondern zugleich den Auftrag der Erziehung, Bildung und Betreuung unter Berücksichtigung von fachlichen Qualitätsaspekten einzubeziehen.

Im abschließenden Statement seitens des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz wurde die Erhöhung von Steuereinnahmen aufgeführt, da sich die Gestaltungs- und die Finanzierungsverantwortung in einem Missverhältnis befänden. Dr. Meiner-Teubner erläuterte, dass sie auch in der ökonomischen Perspektive eine Notwendigkeit sehe. Gleichwohl äußerte sie die große Sorge, da nach wie vor ein massiver Platzmangel (aufgrund von z.B. Zuwanderung, Rechtsanspruch) vorhanden ist. Die Fachdebatte, wie sie im Kommunalbericht geführt werde, ordnete sie als schwierig ein.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Veranstaltung aus Sicht des IBEB zu einem sehr konstruktiven Austausch über den Kommunalbericht des LRH beigetragen hat. Es ist davon auszugehen, dass der Diskurs für die meisten Teilnehmer*innen zu einem Erkenntnisgewinn geführt hat. Darüber hinaus konnten sie konkrete Erläuterungen zum Kommunalbericht und zu den unterschiedlichen Perspektiven hierauf erhalten. Das IBEB wird diesen Diskurs auch in anderen Institutsformaten einbringen.

7. Literatur

Autorengruppe Fachkräftebarometer (2017): Fachkräftebarometer Frühe Bildung 2017. Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte. München.

Bock-Famulla, Kathrin; Strunz, Eva; Löhle, Anna (2017): Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2017. Transparenz schaffen – Governance stärken, 1.Auflage, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Rechnungshof Rheinland-Pfalz (Hrsg.)(2017): Kommunalbericht 2017, Verfügbar unter: <https://www.rechnungshof-rlp.de/icc/internet/med/21f/21f508b5-1d76-ed51-9855-db63040d17ef,11111111-1111-1111-1111-111111111111.pdf> Zugriff am 14.11.2017.



Anhang

Impulsvorträge

Jörg Berres – Präsident des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz

Dr. Christiane Meiner-Teubner – Forschungsverbund TU Dortmund/ DJI,

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Im Anhang finden Sie neben den Impulsvorträgen ebenso ein Anschreiben des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz sowie eine Stellungnahme zum Impulsvortrag von Frau Dr. Meiner-Teubner.



Rechnungshof Rheinland-Pfalz | Postfach 17 69 | 67327 Speyer

Hochschule Koblenz
Institut für Bildung, Erziehung und Betreuung
in der Kindheit Rheinland-Pfalz (IBEB)
Fachbereich Sozialwissenschaften
Konrad-Zuse-Straße 1
56075 Koblenz

Postadresse
Postfach 17 69
67327 Speyer

Hausadresse
Gerhart-Hauptmann-Straße 4
67346 Speyer
Tel. 06232 617-0
Fax 06232 617-100

poststelle@rechnungshof.rlp.de
www.rechnungshof-rlp.de

Ihre Nachricht vom:	Ihr Zeichen:	Name:	Durchwahl:	Aktenzeichen:	Datum:
		Hr. Flick	06232 617-148	6-0465-11	16. November 2017

Kindertagesstätten Diskursforum am 10. November 2017 beim IBEB

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Schneider,

anbei übersende ich Ihnen meine Präsentation nebst einer Stellungnahme zur Präsentation sowie den Ausführungen von Frau Dr. Meiner-Teubner im Diskursforum. Ich bitte darum, die beiden Präsentationen nur gemeinsam mit diesem Vermerk zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen
Für das Kollegium


Jörg Berres
Präsident

Anlage

The background of the slide is a close-up photograph of several strings of colorful beads. The beads are in various colors including red, blue, green, and yellow, and are arranged in a way that creates a sense of depth and movement. The text is overlaid on this image.

Kommunalbericht 2017

Rheinland-Pfalz

Kindertagesstätten

IBEB-Diskursforum Kommunalbericht
Hochschule Koblenz am 10.11.2017

Inhaltsübersicht

- I. Haushalts- und Finanzlage
- II. Kindertagesstätten
 - Ausgaben und betreute Kinder
 - Prüfungsinhalte
 - Ursachen hoher Ausgaben
 - Empfehlungen
 - Ergänzende Feststellungen

Spannungsfeld der Ziele und Rahmenbedingungen

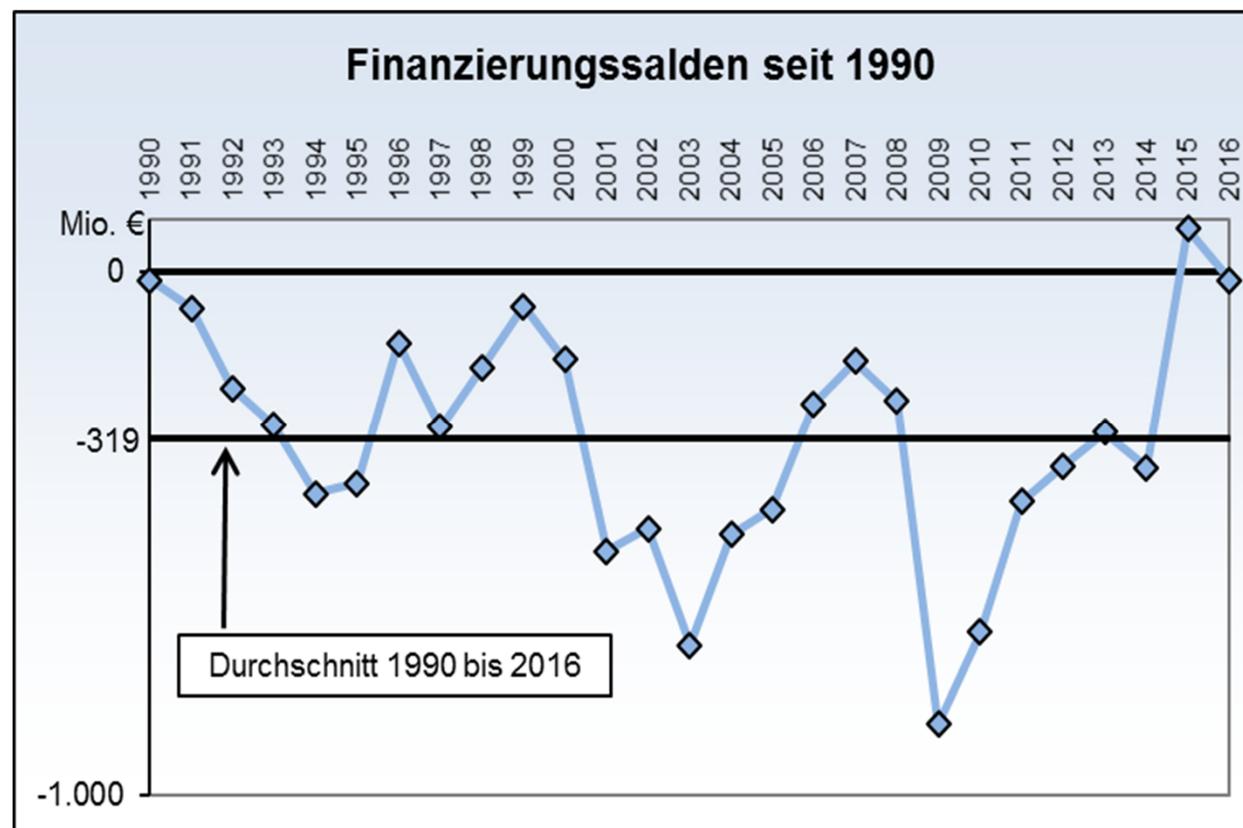
Ziele

- Optimale Betreuung und Förderung von Kindern.
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Fachkräftemangel, Teil-/Ganztagsbeschäftigung von Alleinerziehenden bzw. beiden Elternteilen).

Rahmenbedingungen

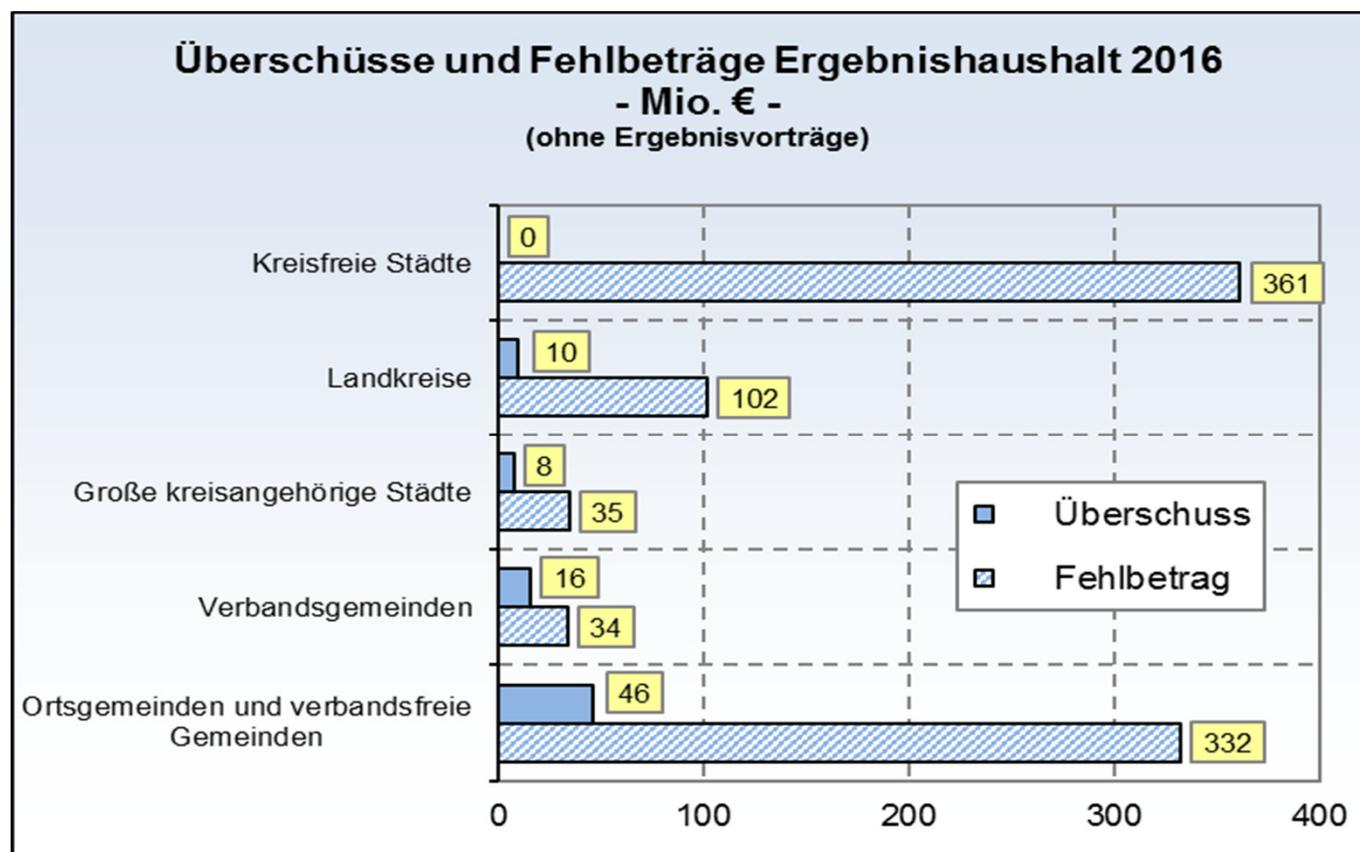
- Wirtschaftliche und sparsame Umsetzung gesetzlicher Vorgaben.
- Rheinland-Pfalz mit höchsten Betreuungskosten je Kind im Vergleich westlicher Flächenländer.
- Kommunen mit zweithöchster Verschuldung je Einwohner im Ländervergleich.
- Über die Hälfte der Kommunen (1325) konnte 2016 ihren Finanzhaushalt nicht ausgleichen und decken laufende Ausgaben über Liquiditätskredite.

Höhere Ausgaben als Einnahmen



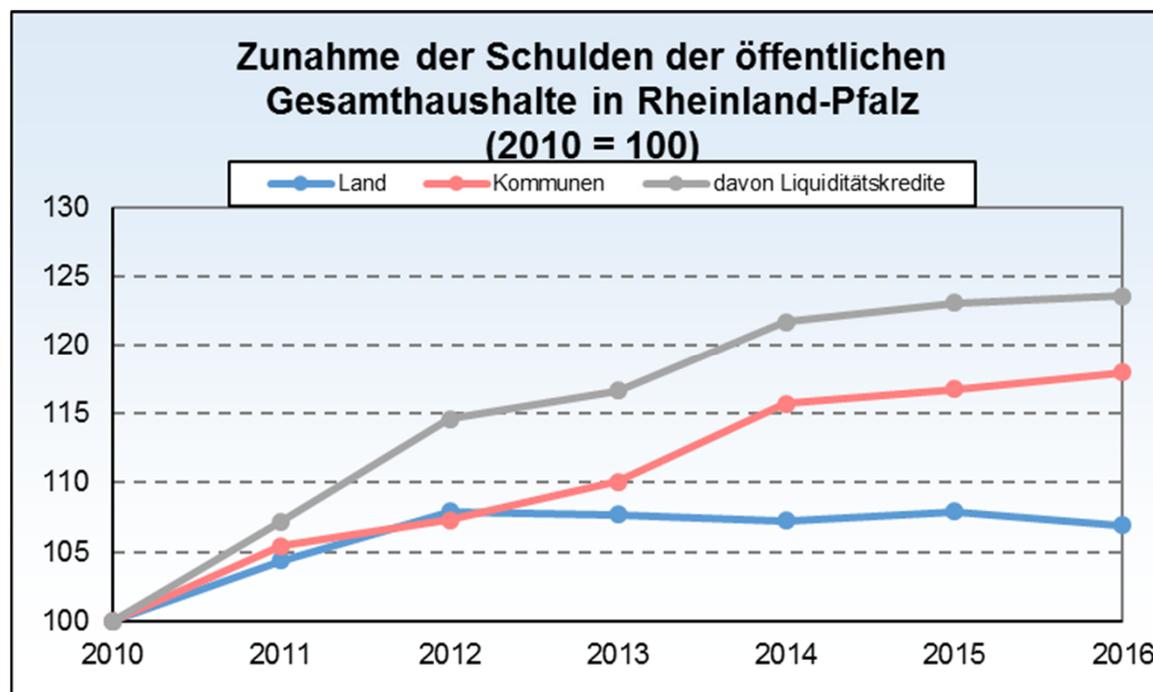
- Im langjährigen Durchschnitt fehlten rd. 319 Mio. € p. a. zum Kassenausgleich.
- Im Ländervergleich nur Rheinland-Pfalz mit Finanzierungsdefiziten seit 1990.
- Günstigere Kassenlage 2015/16 durch Einmal- und Buchungseffekte.

Fehlbeträge bei allen Gebietskörperschaftsgruppen



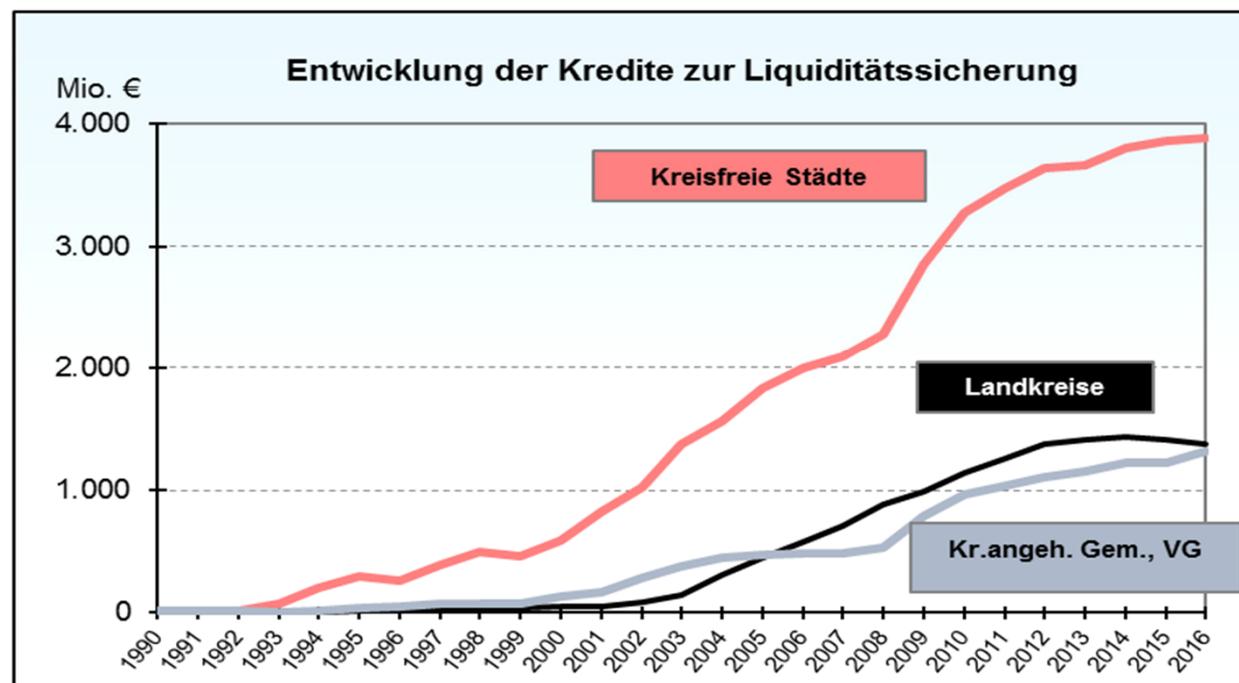
- Unter Berücksichtigung der Abschreibungen gibt es auch 2016 erhebliche Fehlbeträge in den Ergebnishaushalten (Planzahlen).

Schuldenvergleich zwischen Land und Kommunen



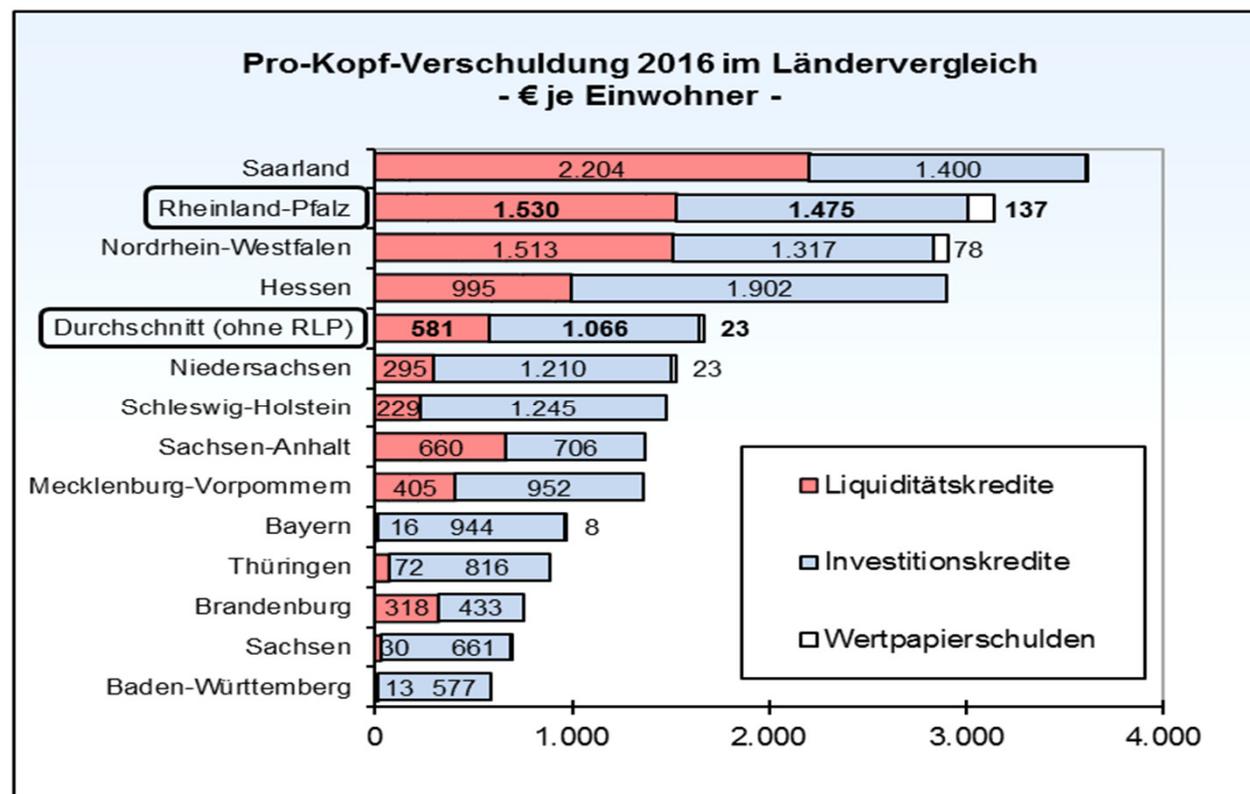
- Anstieg der kommunalen Liquiditätskredite seit 2010 um 24 % auf 6,6 Mrd. €.
- Anstieg der Schulden der Kern- und Extrahaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich Liquiditätskredite seit 2010 um 18 % auf 12,5 Mrd. €.
- Anstieg der Schulden des Kernhaushalts und der Extrahaushalte des Landes seit 2010 um 7 % auf 32,7 Mrd. €.

Kreisfreie Städte dominieren Liquiditätskredite

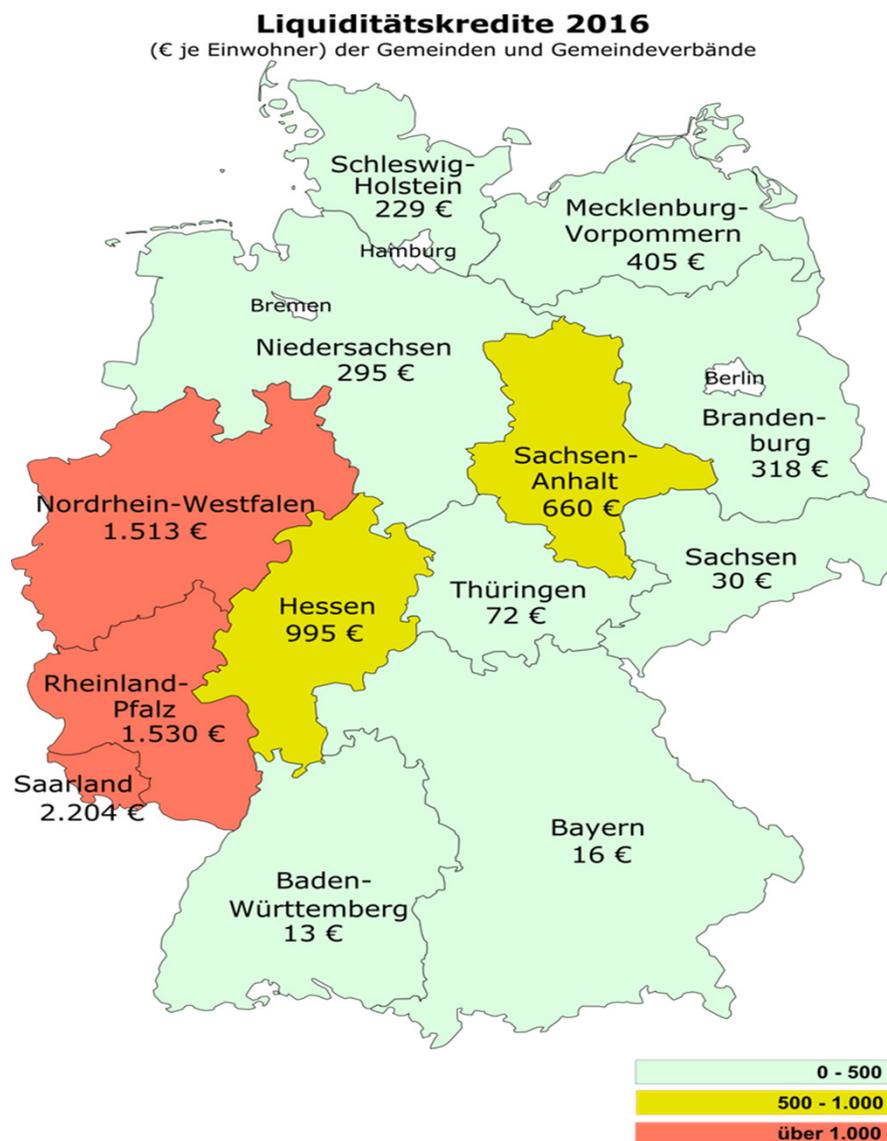


- Anstieg der Liquiditätskredite: krsfr. Städte seit 1992/93, Landkreise seit 2002/3.
- Liquiditätskreditanteile: 59 % krsfr. Städte (3,9 Mrd. €); 21 % Landkreise (1,4 Mrd. €), 15 % verbfr. Gemeinden u. VG (1,0 Mrd. €), 5 % große krs.ang. Städte (0,3 Mrd. €).

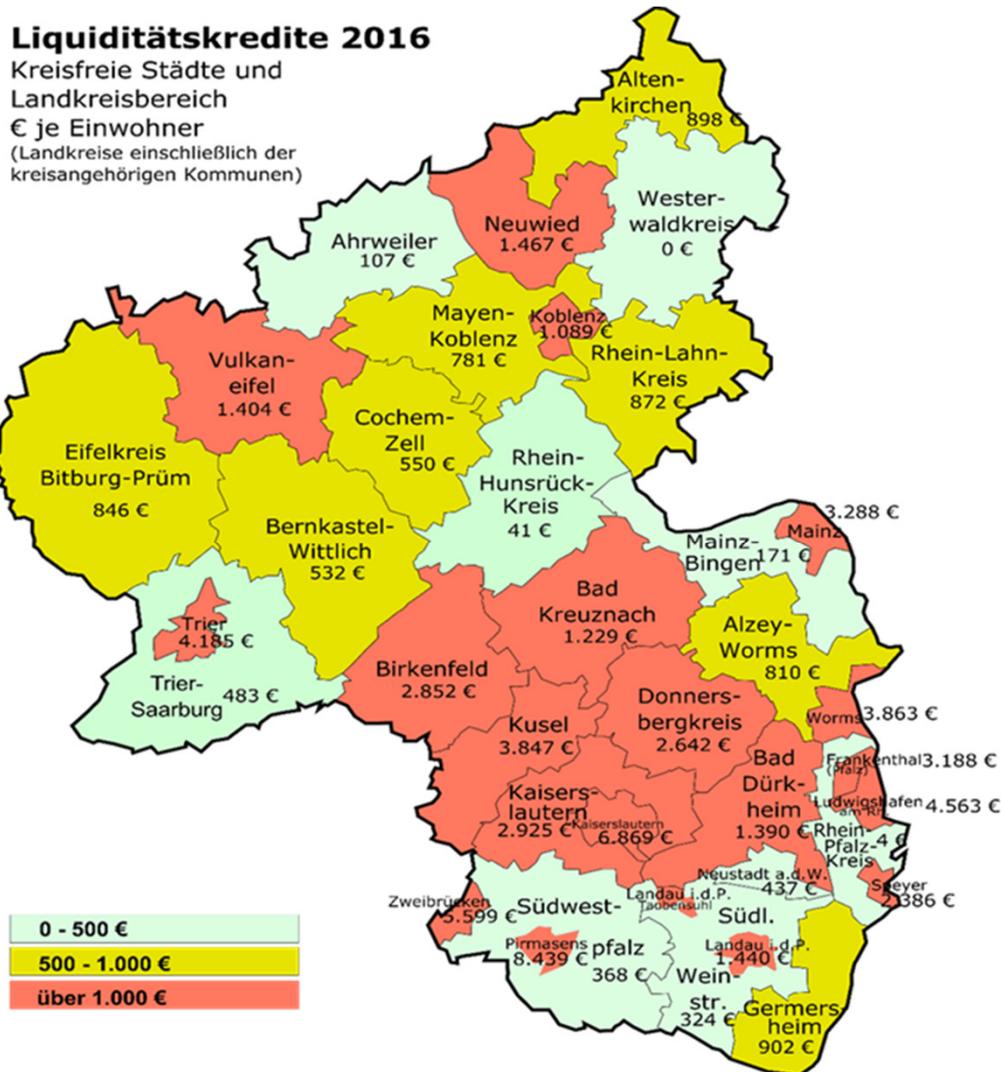
Kommunale Schulden im Ländervergleich



- Rheinland-Pfalz mit zweitgrößter Verschuldung, hohe Liquiditätsschulden als Folge ungedeckter Ausgaben über viele Haushaltsjahre.
- 5 der 10 am höchsten verschuldeten Städte sind in Rheinland-Pfalz.

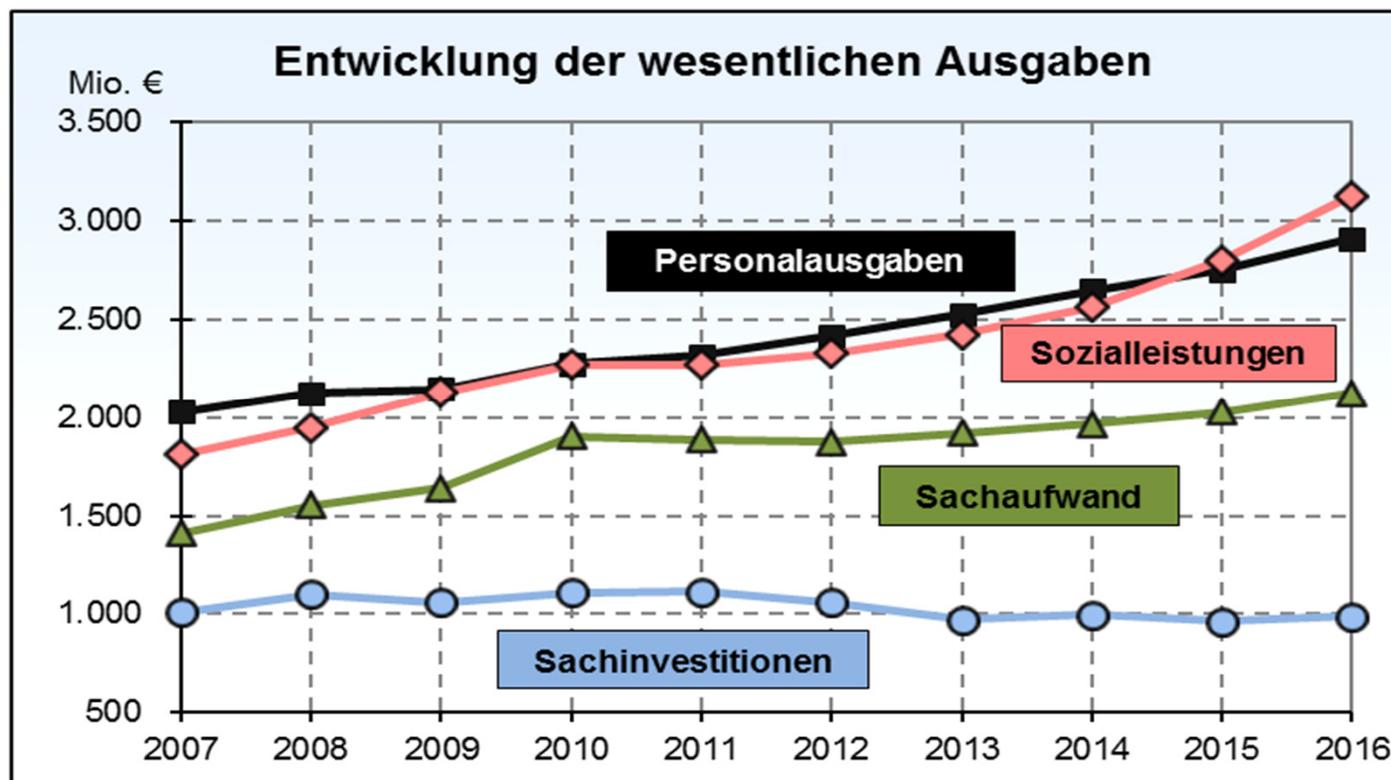


- Die Kommunen in Rheinland-Pfalz haben je Einwohner die zweithöchste Verschuldung mit Liquiditätskrediten



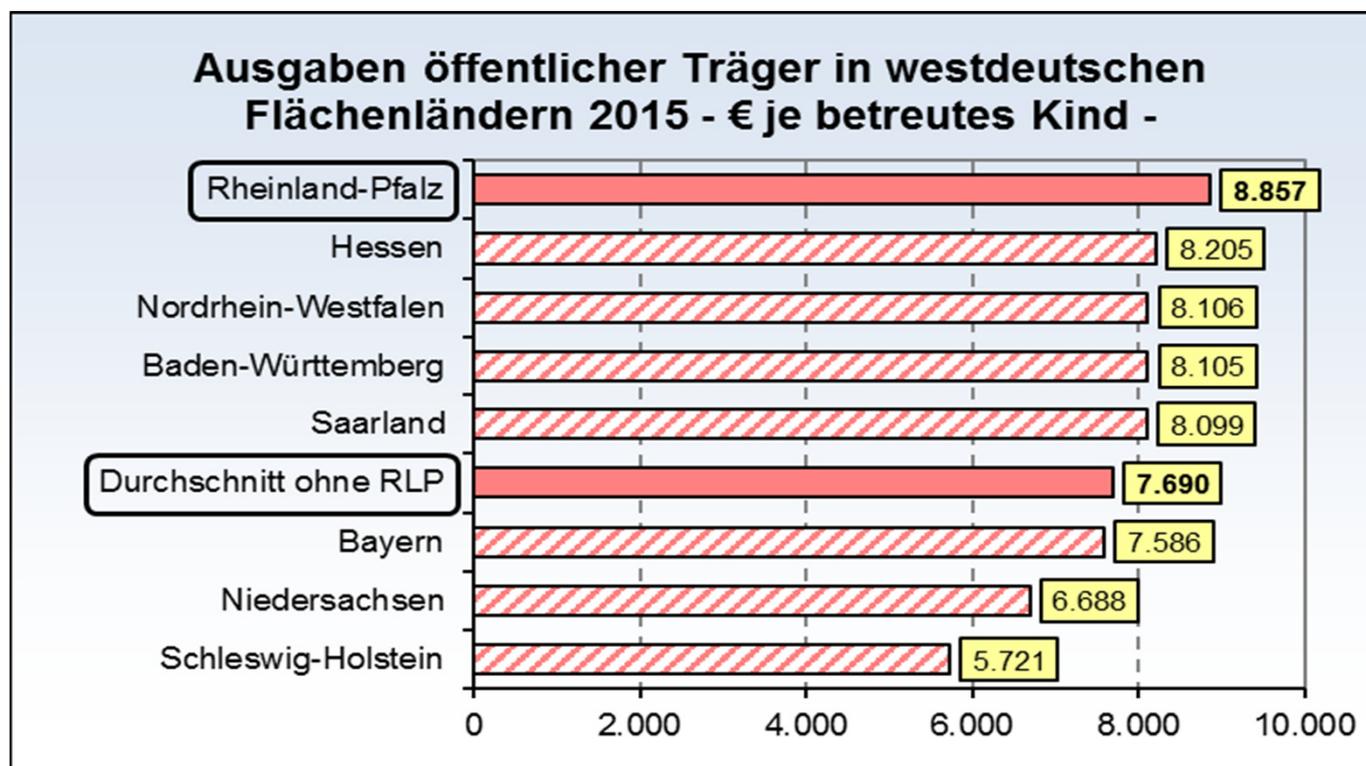
- Die Finanzlage ist innerhalb Rheinland-Pfalz sehr unterschiedlich.
- Besonders hohe Liquiditätsschulden haben vor allem kreisfreie Städte

Steigende Sozialkosten, zu wenig Investitionen



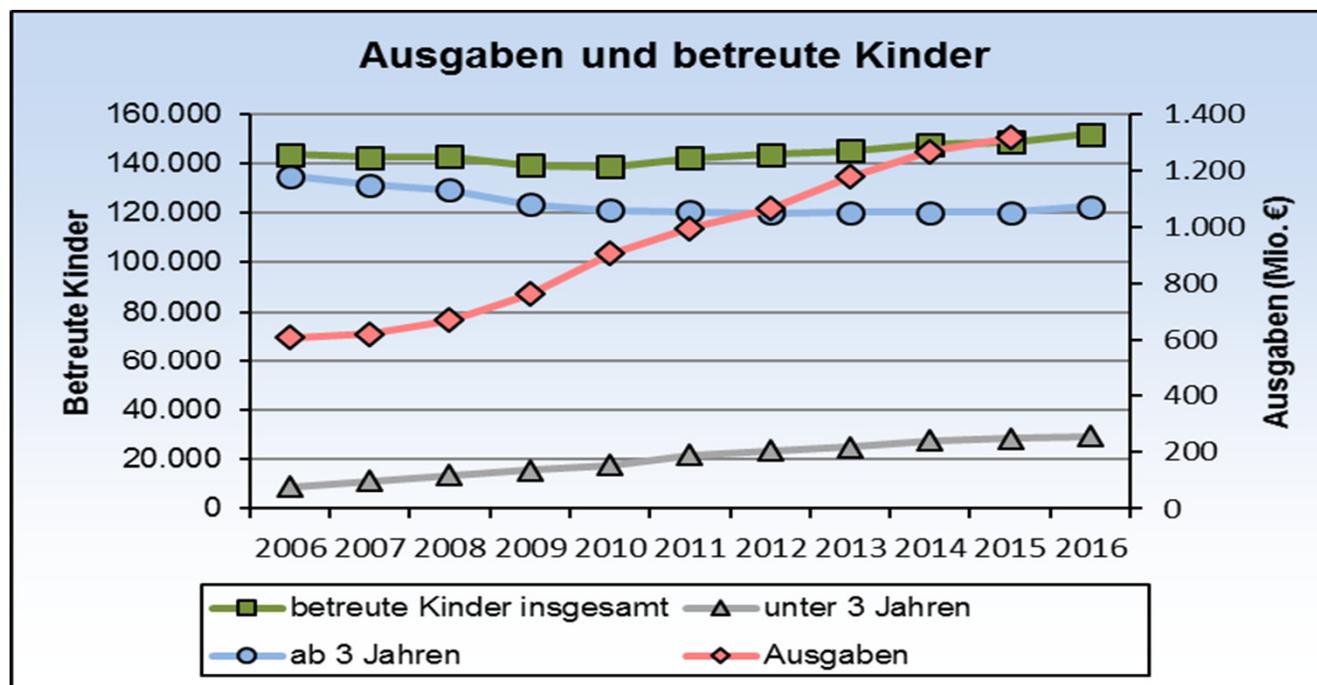
- Ausgabensteigerung 2007-2016: u.a. Sozialhilfe + 49% auf 1,5 Mrd.€, bis 2015 Kindertagesstätten +112% auf 1,3 Mrd.€ incl. Personalausgaben.
- Investitionsstau bei kommunalen Brücken inzwischen über 600 Mio. €.

Höchste Betreuungskosten in Rheinland-Pfalz



- Größter Kostenanteil entfällt auf Personal- und Sachkosten (rd. 95% von 1,3 Mrd. €), davon tragen über 80% die Kommunen.
- Ausgaben ostdeutscher Länder liegen zwischen 3.773 € in Mecklenburg-Vorpommern und 6.660 € in Thüringen.

Deutlich mehr U3 Kinder und steigende Kosten



- Zahl der betreuten U3-Kinder hat sich von 2006-2016 verdreifacht auf 29.200, die Gesamtzahl betreuter Kinder stieg um 5,7% auf 151.800 Kinder.
- Rechtsanspruch auf Kita für 2-jährige (RP) 2010, für 1-jährige (Bund) 2013.
- Öffentliche Ausgaben haben sich in etwa verdoppelt, Tendenz weiter steigend.

Ursachen des starken Ausgabenanstiegs



Mehr Pädagogen

2006 2015

Personen: 19.444 28.831 + 48%
kommunale und freie Träger

- höherer Anteil U3-Plätze
- mehr Ganztagsplätze
- sonst. Verbesserungen der Fachkraft-Kind-Relation (insb. „Kann“-Mehrpersonal)



Tarifsteigerungen

- Allgemeine Steigerungen +
- Sonst. Verbesserungen strukturelle Anhebungen (insb. von S 6 nach S 8a)
- Gesamtsteigerung: 2006/16 rd. 25%

Prüfungsinhalte

- Umsetzung des geltenden Rechts
 - Maßstäbe: rechtskonform, wirtschaftlich, sparsam
 - u. a. Feststellungen zur Personalbemessung, Auslastung der Plätze

- Bewertungen aus Sicht des Rechnungshofes
 - Ggf. auch im Vergleich zu anderen Ländern
 - insb. Empfehlung für Änderung der Personalbemessung

- Keine Beurteilung der Betreuungsqualität
 - Keine Empfehlung konkreter neuer Personalschlüssel

Prüfungsumfang, Herkunft der Angaben

Grundlegende Informationen zu Jugendämtern aus:

- amtlichen Statistiken und
- Datenbanken des LSJV, insb. Betriebserlaubnisdatenbank zu sämtlichen Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz.

Daten und Ausführungen zu einzelnen Kindertagesstätten:

- örtliche Erhebungen zu 113 Einrichtungen in 7 Jugendamts-Bezirken bzw. 5 Landkreisen und zwei kreisfreien Städten
- Betriebserlaubnis, Verwendungsnachweise, Personalgenehmigungen
- Gruppenbücher, Ortstermine, etc.

Ursachen hoher Ausgaben

Zuständig:

Land

Regelungen

zur Gruppenstruktur und
zu Personal nach Plätzen,
jeweils nach Maximalauslastung

- Gesamtplatzzahl
- U3-Plätze
- Ganztagsplätze

LSJV,
Jugendämter,
kommunale +
freie Träger

Umsetzung
Gruppenbildung,
Platzvorhaltung
in Kitas

Umsetzung
Zusätzliches
Erziehungs-
personal

Kostenfolgen nicht (entsprechend) belegter Plätze

- 12.000 nicht belegte Plätze bei maximaler Belegung
  Personalkosten 90 Mio. € / Jahr
- 12.000 nicht altersentsprechend belegte U3-Plätze
  Personalkosten 60 Mio. € / Jahr
- 11.000 nicht ganztags belegte Ganztagsplätze
  Personalkosten 10 Mio. € / Jahr
- Ausrichtung an Maximalbelegung im Vergleich zum 1.3.
  Personalkosten 60 Mio. € / Jahr

Fazit:

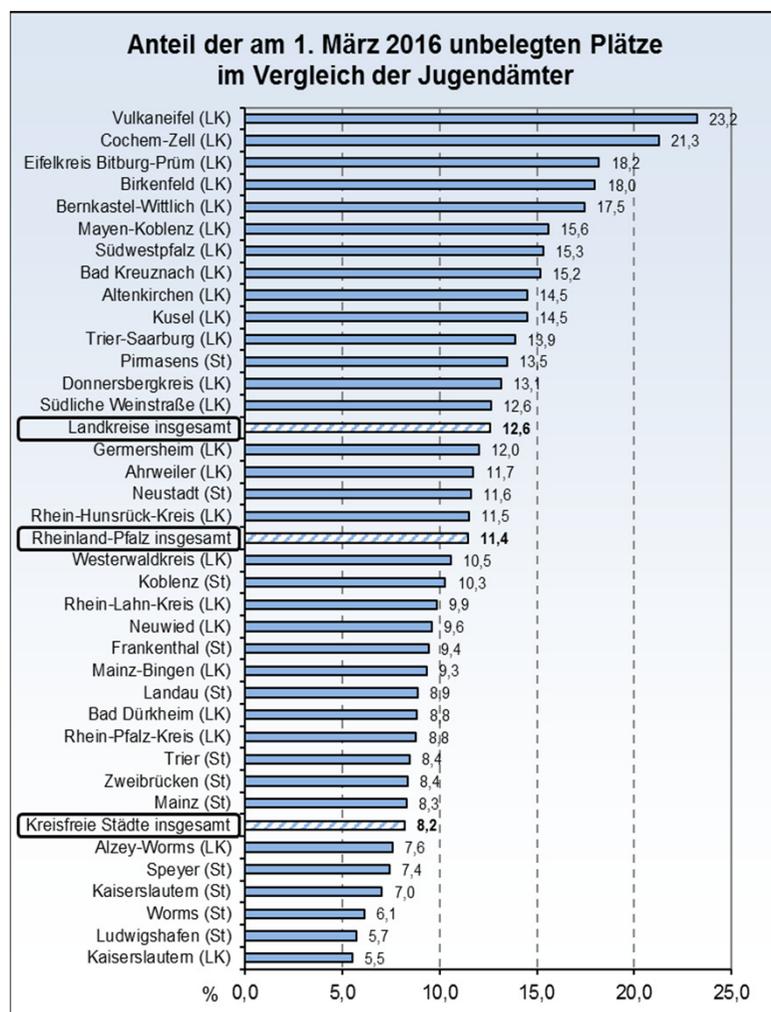
- Nicht belegte Plätze führen zu einer höheren Personalausstattung.
- Einsparpotenzial abhängig von konkreter Bedarfsprüfung und Ausgestaltung der Regelungen und ihrer Umsetzung.

Ursachen und Unterschiede am Beispiel

Auswirkungen von Gruppenstruktur und Bewilligungspraxis auf die Personalkosten		
	Kindertagesstätte A	Kindertagesstätte B
Kinderzahlen 2014 (maximale Belegung)		
Insgesamt	48	49
davon U3-Kinder	11	7
davon U2-Kinder	3	4
Platzzahlen		
Insgesamt	65	60
davon U3-Plätze	11	28
davon Ganztagsplätze	25	25
Eingerichtete Gruppen	1 kleine Altersmischung 1 Regelgruppe 1 geöffnete Gruppe (bis zu 4 Zweijährige)	4 kleine Altersmischungen zu je 15 Plätzen
Pädagogisches Personal (Stellen)	6,25	12,75 (besetzt 12,5)
Personalkosten 2014 (€)	332.000	765.000
Personalkosten je belegtem Platz (€)	6.917	15.612

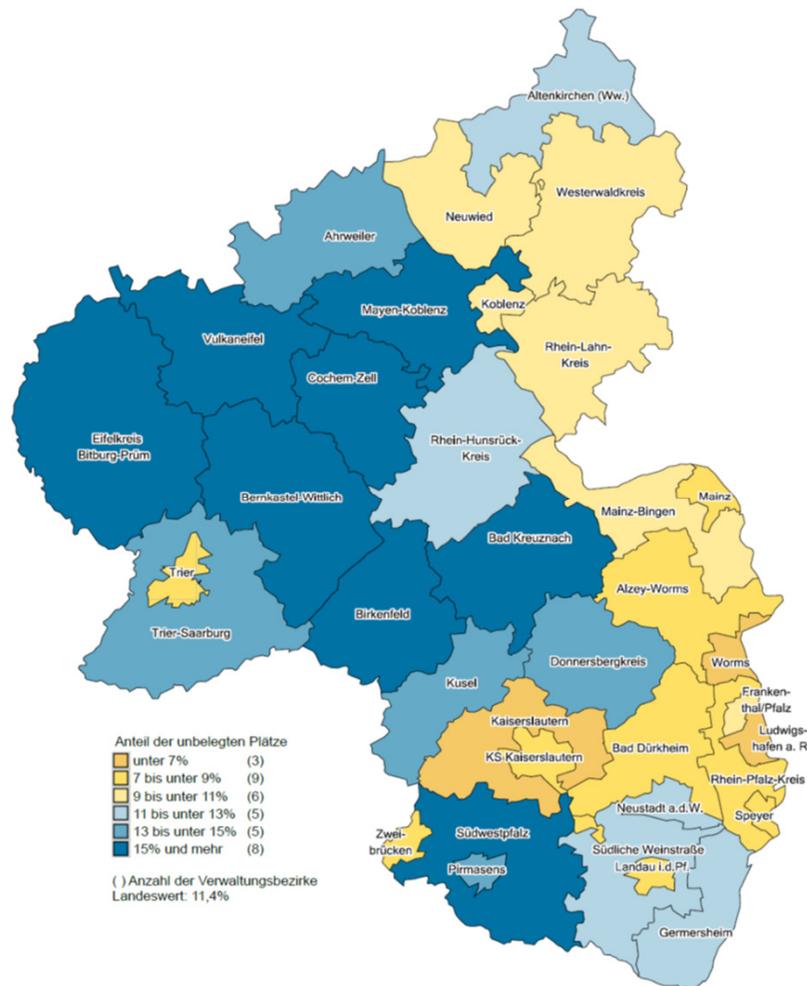
- Umsetzung der geltenden Regelung führt zu unterschiedlichen Kosten: Vergleichbare Kinderzahlen, doppelt so viel Personal und mehr als das Doppelte an Personalkosten.
- Kita A hätte ohne Mehrpersonal noch 17 Kinder aufnehmen können. Personalbesetzung Kita B bedarf der Überprüfung.

Unbelegte Plätze zum 1. März 2016



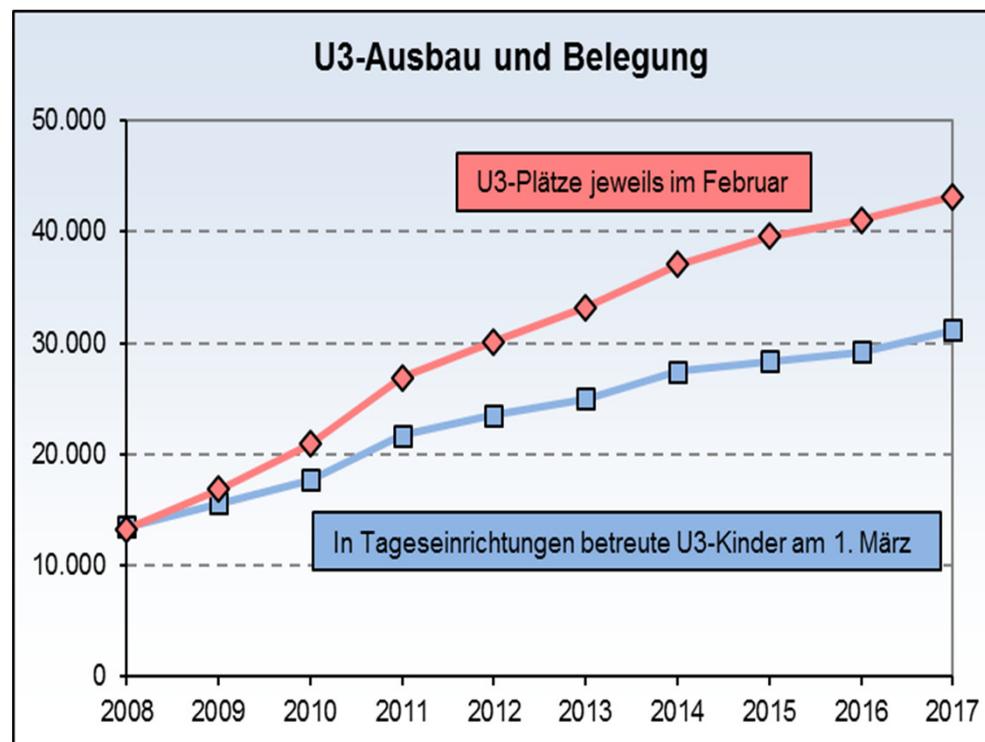
- Zum 1.3.2016 im LK Kaiserlautern und Ludwigshafen nur knapp 6 %, in der Vulkaneifel aber 23 % der Plätze nicht belegt; große Unterschiede zwischen Jugendämtern.
- Kita´s mit geringem Anteil unbelegter Plätze dürften bis Ende des Kita-Jahrs ausgelastet sein.
- 20.000 unbelegte Plätze zum 1.3.
 - 12.000 ganzjährig nicht belegt (90 Mio.€)
 - 8.000 waren bis zum 1.3. nicht belegt (60 Mio. €)

Unbelegte Plätze zum 1. März 2016



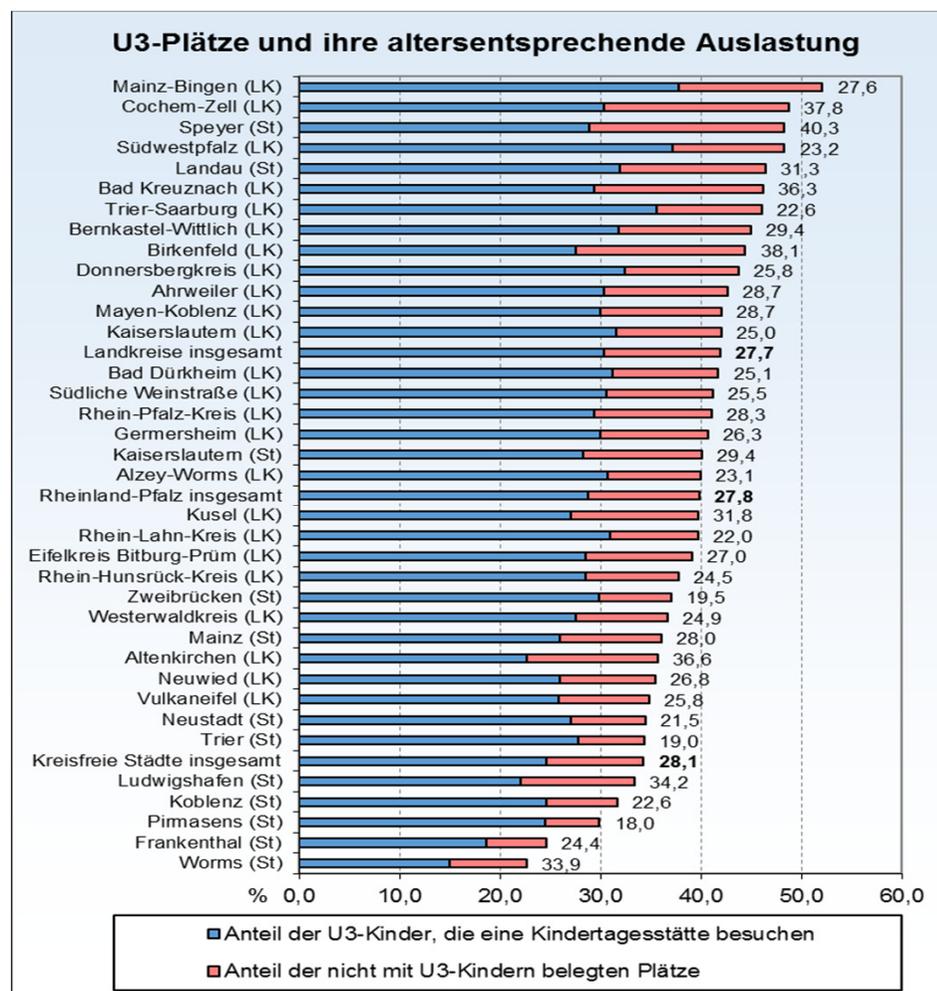
- In ländlichen und strukturschwächeren Räumen ist die Zahl der unbelegten Plätze deutlich größer.

U3 Angebot und Nachfrage laufen auseinander



- 12.000 U3 Plätze auch zum 1.3.2017 nicht altersentsprechend belegt.
- In geprüften Kita´s hätten Gruppen eingespart werden können: zu viele unbelegte Plätze, ungünstige Gruppenstruktur oder durch bessere Belegungssteuerung im Einzugsbereich.

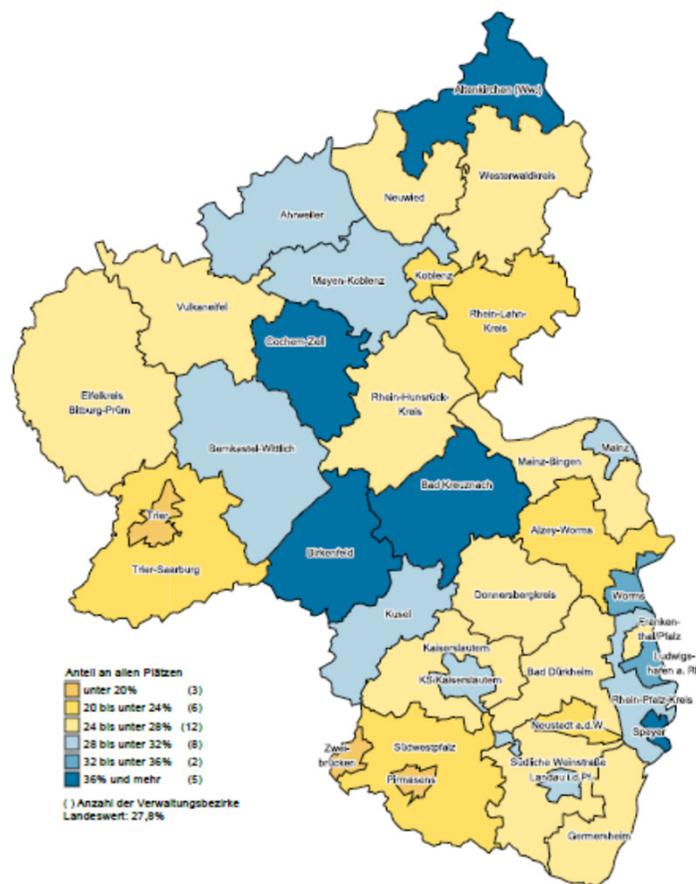
U3-Angebot - große regionale Unterschiede auch 2017



- Zum 1.3.2017 nicht altersentsprechend belegte U3-Plätze in Primasens mit 18 % bis über 35% in den LK Cochem-Zell, Bad Kreuznach, Birkenfeld, Altenkirchen und der Stadt Speyer.
- Ausgleich von Auslastungsunterschieden zwischen Kita's in Städten einfacher als in Landkreisen.

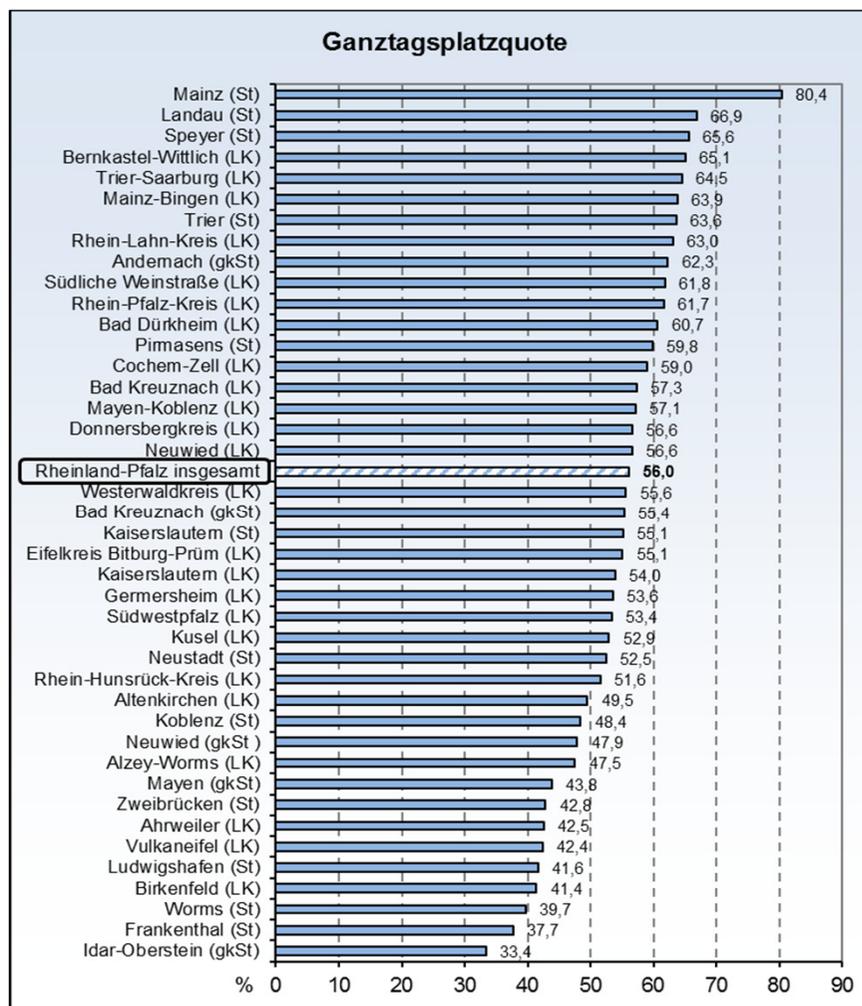
Nicht altersentsprechend belegte U3-Plätze

Nicht altersentsprechend belegte U3-Plätze, 1. März 2017



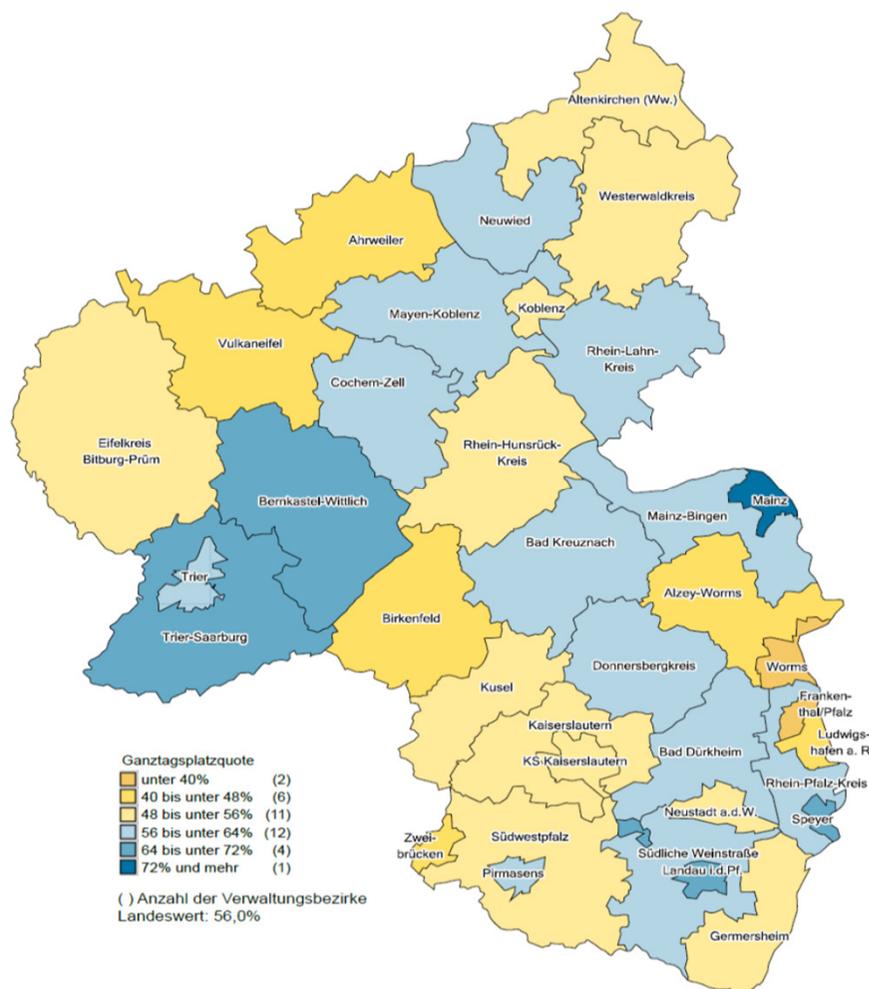
- Regionale Unterschiede sind auch bei den nicht altersentsprechend belegten U3-Plätzen erkennbar.
- Kritisch sind insb. Jugendämter mit überdurchschnittlich hohen Anteilen bei unbelegten und nicht altersentsprechend belegten Plätzen (z.B. LK Bad KH, Birkenfeld Cochem-Zell)

Ganztagsplatzquote regional sehr unterschiedlich



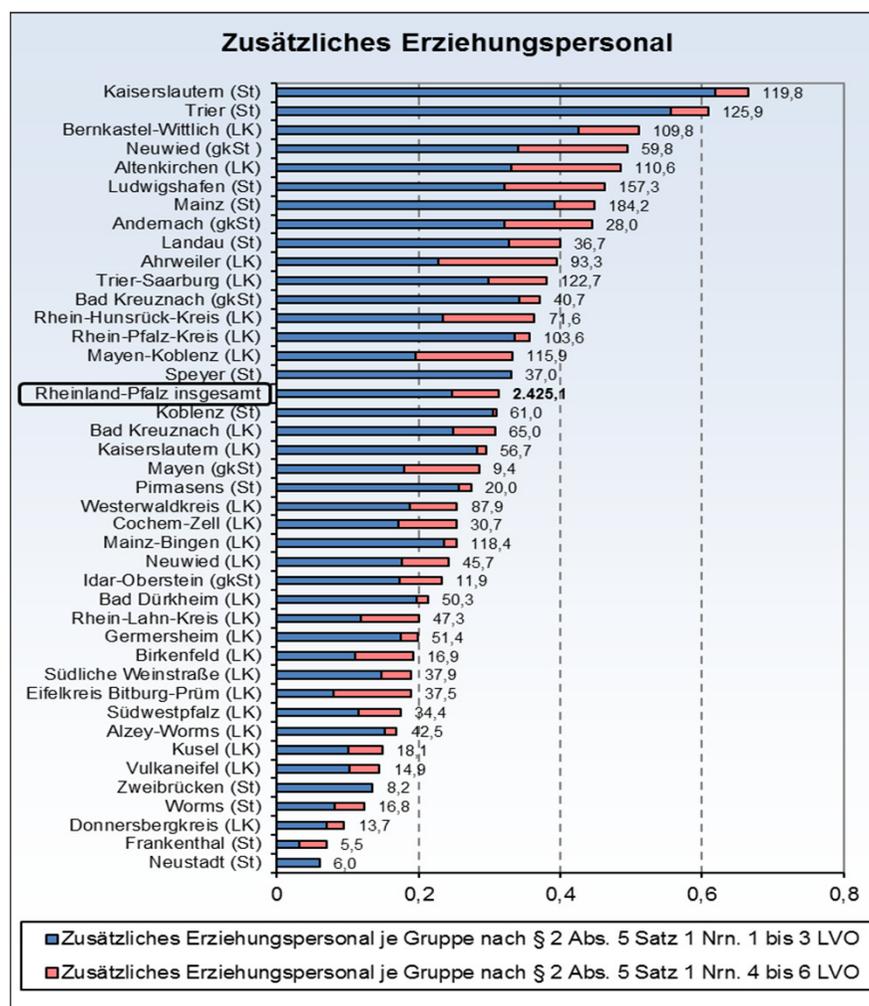
- In 2016 reicht die Spanne der ganztags vorgehaltenen Plätze von rd. 33 % in Idar-Oberstein bis 80% in Mainz.
- 11.000 nicht adäquat belegte Ganztagsplätze, da Kinder Teilzeit angemeldet wurden (10 Mio. € p.a.)
- Zudem werden ganztags angemeldete Kinder häufig gegen 14:00 Uhr abgeholt.
- Einige Kita´s bieten nur Ganztagsplätze an.
- Bei verlängertem Vormittagsangebot dürfte eine Ganztagsquote von im Durchschnitt 40% ausreichen.

Ganztagsplatzquote regional sehr unterschiedlich



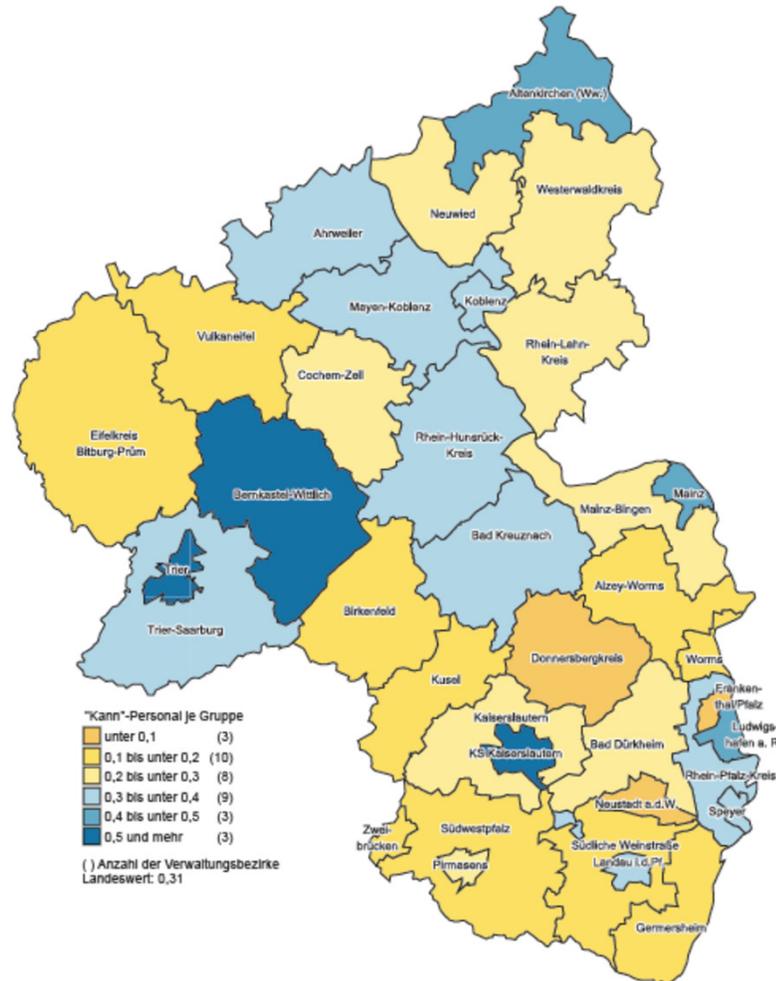
- Mehr Ganztagsplätze in strukturstärkeren Räumen, aber zum Teil auch in ländlichen Regionen

Zusätzliches (Kann-) Personal



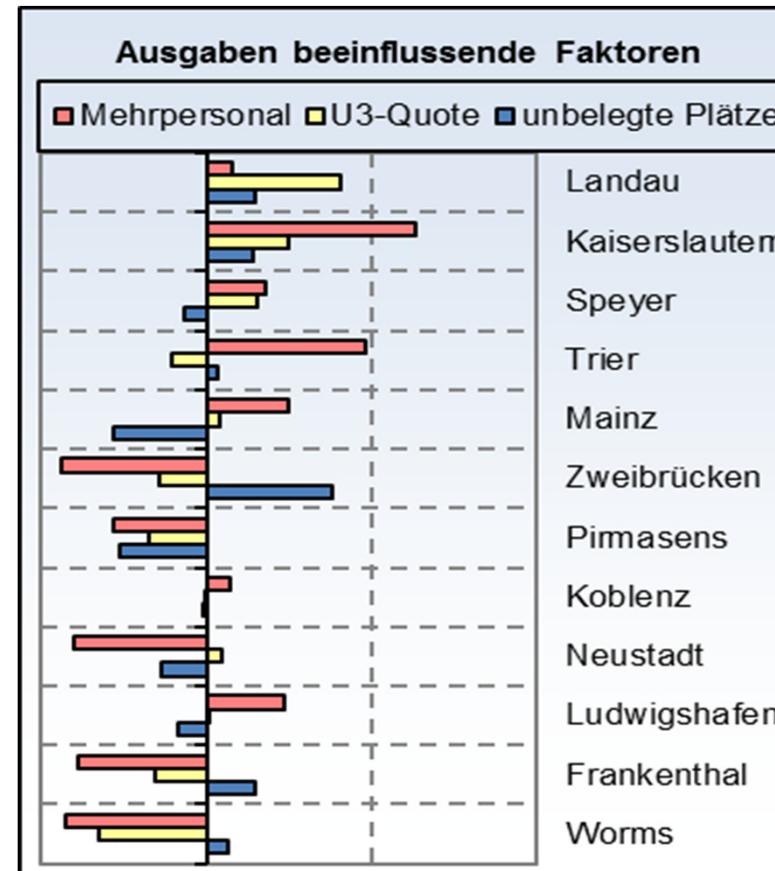
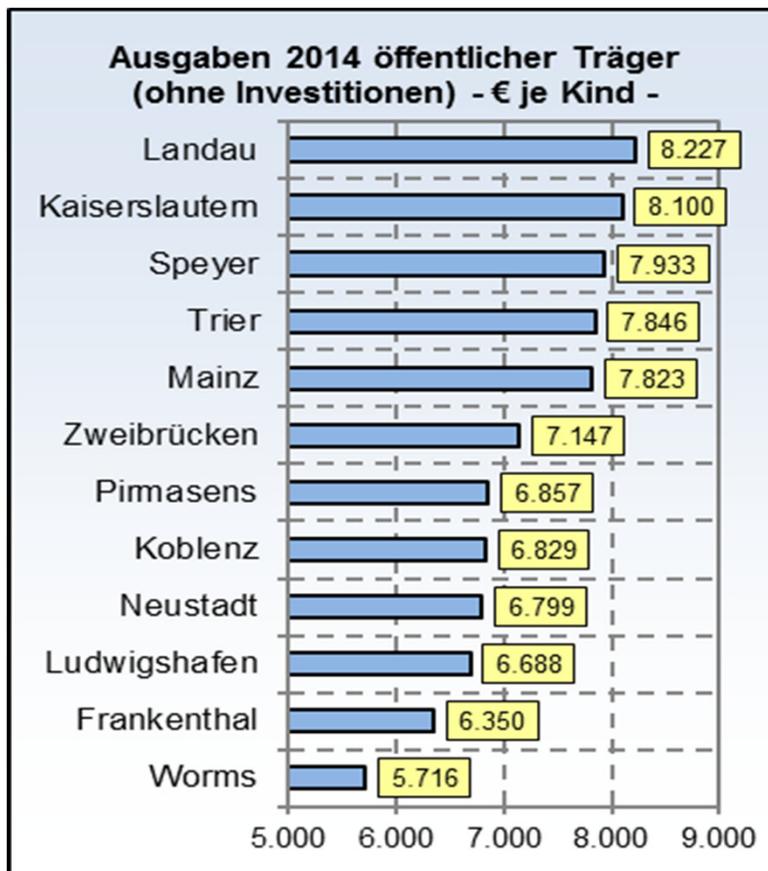
- Blaue Balken für Leitungsfreistellung, verlängerte Öffnungszeiten, Kinder mit erhöhtem Betreuungsaufwand; Rote Balken: interkulturelle Fachkräfte, Französische Sprache
- Deutliche Zunahme von 2012-2015 um 565 auf 2.425 Stellen.
- Deutlich unterschiedliche Bewilligungspraxis in den Jugendämtern: Bewilligungen von zusätzl. Erziehungspersonal von unter 0,1 Stellen bis über 0,6 Stellen je Gruppe.

Zusätzliches (Kann-) Personal



- Größte Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten:
 - Höchste Werte
Kaiserslautern und Trier
 - Geringste Werte
Neustadt, Frankenthal
- Bewilligungspraxis hat größeren Einfluss als durch Sozialstruktur bedingter Bedarf.

Große Ausgabenunterschiede je Kind



- Deutlicher Zusammenhang zwischen den Kostenunterschieden und z.T. beeinflussbaren Kostenfaktoren.

Differenz zu Zahlen der Bertelsmann-Stiftung

Empfohlene
Personalschlüssel
laut Stiftung:
1:3 U3 und 1:7,5 Ü3

IST
für Rheinland-Pfalz
laut Stiftung:
1:3,5 U3 und 1:8,6 Ü3

Daraus abgeleiteter Mehrbedarf: rund 4.300 Stellen.

Problem:

- Mehrbedarf der Stiftung basiert auf mit Eltern vereinbarten Betreuungszeiten.
- Vereinbarte Betreuungszeiten weichen besonders in RP (ca. 39 h) von den tatsächlichen Betreuungszeiten (nicht direkt erfassbar) ab.
- Unter der Annahme gleicher vereinbarter Betreuungszeiten wie in Baden-Württemberg (ca. 34 h) läge der Personalschlüssel für **U3 bei 1:3,1 und Ü3 1:7,4**

Tatsächliche Betreuungszeiten sind deutlich kürzer

Teilzeitplätze

Regelpersonalschlüssel für täglich **7 Stunden**



„klassisches“ Teilzeitangebot:

Vor- und Nachmittags.

Die **meisten** Kinder kommen nur
morgens, d.h. **< 5 Stunden.**



verlängertes Vormittagsangebot

(i.d.R. bis ca. 14:00 Uhr)

Ganztagsplätze

(Personalschlüssel für täglich **9 Stunden**).

Viele Eltern holen ihre Kinder nach der Mittagessenszeit ab.

- Die Prüfung der Inanspruchnahme der Kita-Angebote zeigt deutliche Abweichungen der tatsächliche Betreuungszeiten von vereinbarten Zeiten.

Empfehlungen für optimierte Regelungen und Standards

- Personalbemessung nicht nach genehmigten Gruppen und Plätzen, sondern wie in den meisten Ländern nach angemeldeten Kindern.
- Verbesserung der Bedarfsprüfungen / Genehmigungen durch Jugendämter; einheitliche Kriterien bei Vergabe von Zusatzpersonal und Ganztagsplätzen.
- Anmeldung der Ganztagsplätze mit Bedarfsnachweis der Eltern.
- Begrenzung der Ganztagsplätze durch mehr verlängerte Vormittagsangebote; ggfs. Schaffung der Regeln für bedarfsgerechtere Angebotsformen.
- Anstellungsträger für Kita-Personal bei Verbands- statt Ortsgemeinden erleichtert Personalsteuerung bei Mehr-/Minderauslastungen bzw. Vertretung und ermöglicht eine verbesserte Kompetenzbündelung.
- Prüfung einer zentralen Steuerung der Kita-Anmeldung und Belegung in der Stadt sowie für die Ortsgemeinden auf VG-Ebene zur Optimierung der wohnortnahen Versorgung.
- Benchmarking der Jugendämter zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, vergleichbarer Betreuungsstandards und einheitlicher Entscheidungskriterien.

Weitere Ausführungen im Kommunalbericht

- Intransparente Förderungs- und Finanzierungsregelungen: begünstigen unwirtschaftliche Gruppenstrukturen, insb. U3-Plätze.
- Unrealistische Planungsquoten einiger Jugendämter.
- Häufigere Nutzung flexibler Instrumente wäre möglich (Ausbauplätze, provisorische Gruppen, geöffnete Gruppen für 2 Zweijährige, Ausnahmegenehmigungen für Überbelegungen).
- Vorzeitige Einrichtung von Gruppen.
- Unbegründete Verringerungen von Gruppengrößen.
- Ausweitung Ganztagschulen nur von Teil der Jugendämter zum Abbau Hortplätze genutzt.
- Zusatzpersonal für Nicht-Verringerung von Gruppengrößen bei überwiegenden Ganztagsplätzen teilweise falsch berechnet.
- Detaillierteres zu zusätzlichem Erziehungspersonal.

- Überhöhte Eingruppierungen (Leitung, Stellvertretung, seltener Erzieher, Kinderpfleger, Hauswirtschaft).
- Nicht vollständig erbrachte Arbeitszeit, mangelhafte Nachweise.
- Zu hoher Reinigungsaufwand.
- Zu hohe Kosten für Mittagessen, zu geringe Beiträge.
- Elternbeiträge für Krippen und Horte teilweise niedrig, fehlende Satzungen.
- Durch Zuweisungen für ausgefallene Elternbeiträge gedeckter Kostenanteil sinkt.
- Nachteilige Vereinbarungen zur „freiwilligen“ Übernahme von Kosten freier Träger, teilweise Überzahlungen.
- Kassensicherheitsfragen (insb. „schwarze Kassen“ Mittagessen).

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für das Kollegium:

Jörg Berres, Präsident
Andreas Utsch, Direktor beim Rechnungshof

Fachliche Zuständigkeit

Jürgen Flick, Referatsleiter
Phone: +49 (0)6232/617-148
Mail: Juergen.Flick@rechnungshof.rlp.de

Kontaktdaten

Rechnungshof Rheinland-Pfalz
Gerhart-Hauptmann-Straße 4
67346 Speyer
Phone +49 (0)6232/617-0
Fax +49 (0)6232/617-100
Mail poststelle@rechnungshof.de
Web: <https://www.rechnungshof-rlp.de>

Kommentierung des Kommunalberichts 2017 des Landesrechnungshof RLP

Dr. Christiane Meiner-Teubner

Koblenz, 10. November 2017

Forschungsverbund



Deutsches Jugendinstitut
Technische Universität Dortmund

Gliederung:

1. Allgemeine Anmerkungen
2. Anstieg der Ausgaben und deren Gründe
3. Elternwünsche – Inanspruchnahme – nicht belegte Plätze
4. Personalbemessung
5. Abschließende Anmerkung

Allgemeine Anmerkungen:

- Ökonomische Sicht auf ein soziales Feld
- Besonderheiten des Feldes werden zu wenig berücksichtigt
- Berechnungen in Teilen nicht nachvollziehbar
- Bezüge sind teilweise nicht korrekt
- Teilweise unzureichende Nachvollziehbarkeit der Schlüsse und Erkenntnisse

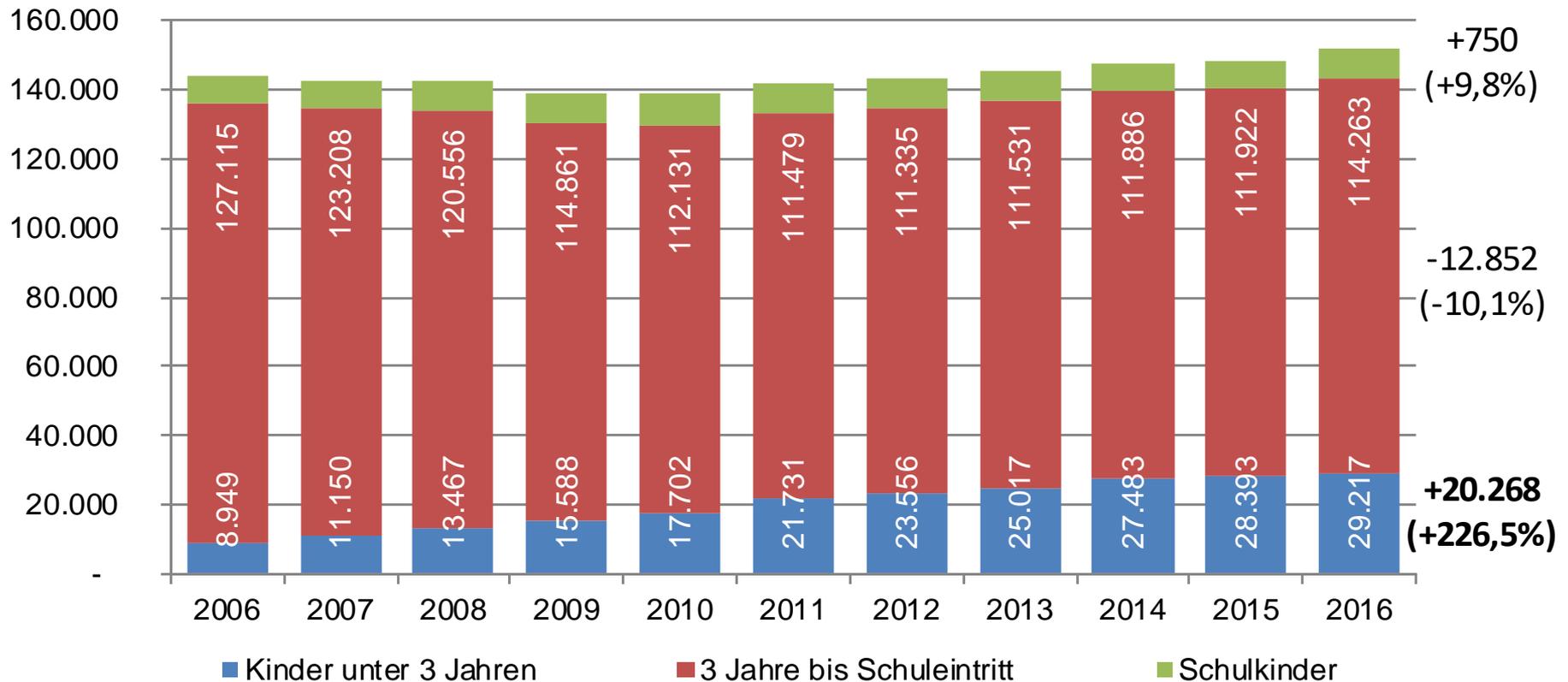
Ungenauere Angaben, wodurch es dem Leser schwer fällt, die Ergebnisse in ihrer Bedeutung einzuschätzen:

- „Von derartigen Gestaltungsmöglichkeiten wurde öfter Gebrauch gemacht.“ (Landesrechnungshof 2017, S. 67)
- „Die Prüfung zeigte, dass die Jugendämter die Voraussetzungen für eine Bewilligung häufig nicht sorgfältig geprüft und im Ergebnis mehr Personal als erforderlich gewährt hatten.“ (Landesrechnungshof 2017, S. 67)
- „(...) dass jährlich mehrere 100.000€ vermeidbare Personalkosten anfielen, kam auch andernorts vor.“ (Landesrechnungshof 2017, S. 70)

Anstieg der Ausgaben und deren Gründe:

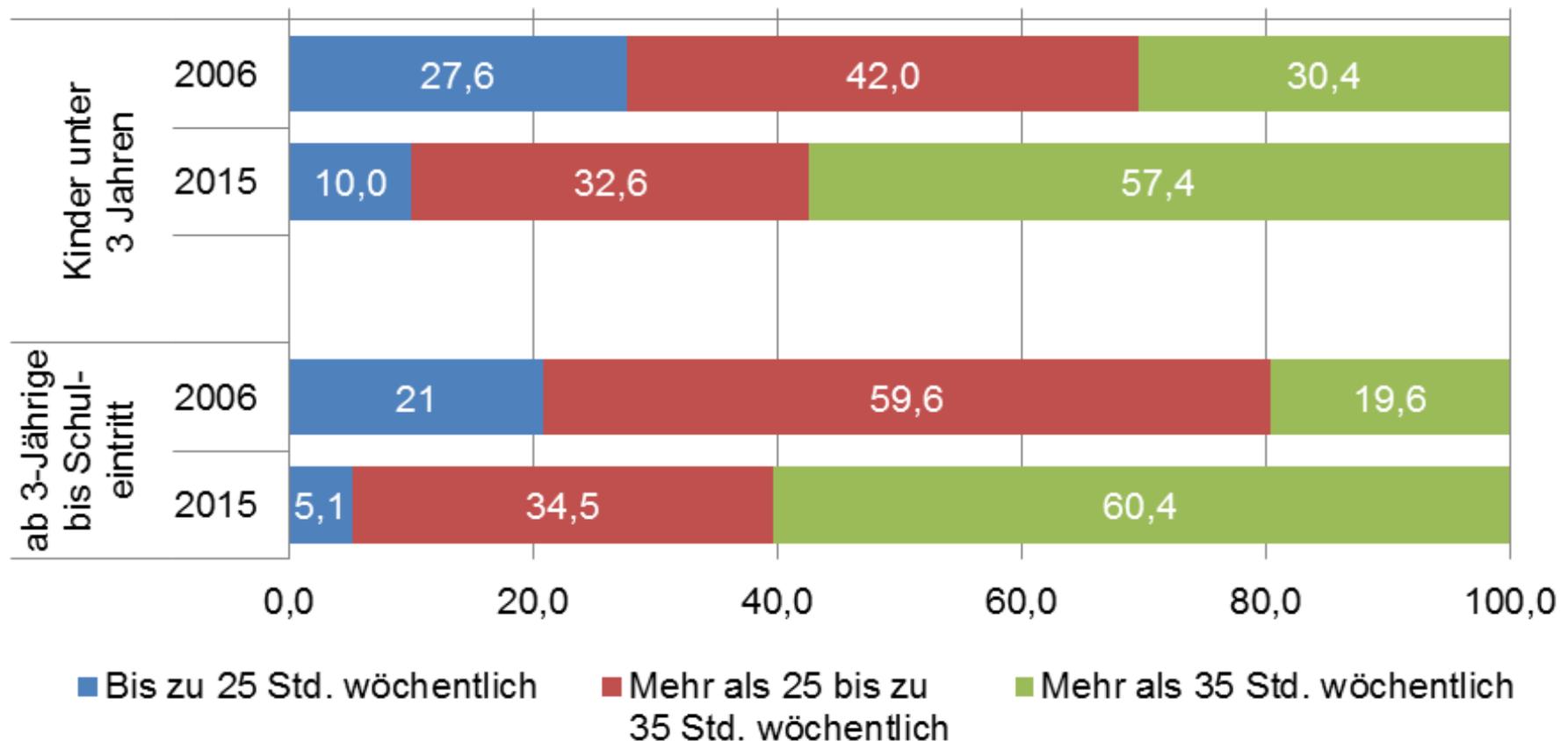
„Die Ausgaben der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe für die Kindertagesbetreuung in den Einrichtungen beliefen sich 2015 auf mindestens 1,3 Mrd. €. Sie haben sich seit 2006 (0,6 Mrd. €) mehr als verdoppelt. **Im Vergleichszeitraum stieg die Zahl der insgesamt betreuten Kinder um 3,4 % an. Der Anteil der betreuten Kinder unter drei Jahren (U3-Kinder) nahm von 6,2 % auf 19,1 % zu.**“ (Landesrechnungshof 2017, S. 62)

Kinder in Kitas in RLP 2006 bis 2016



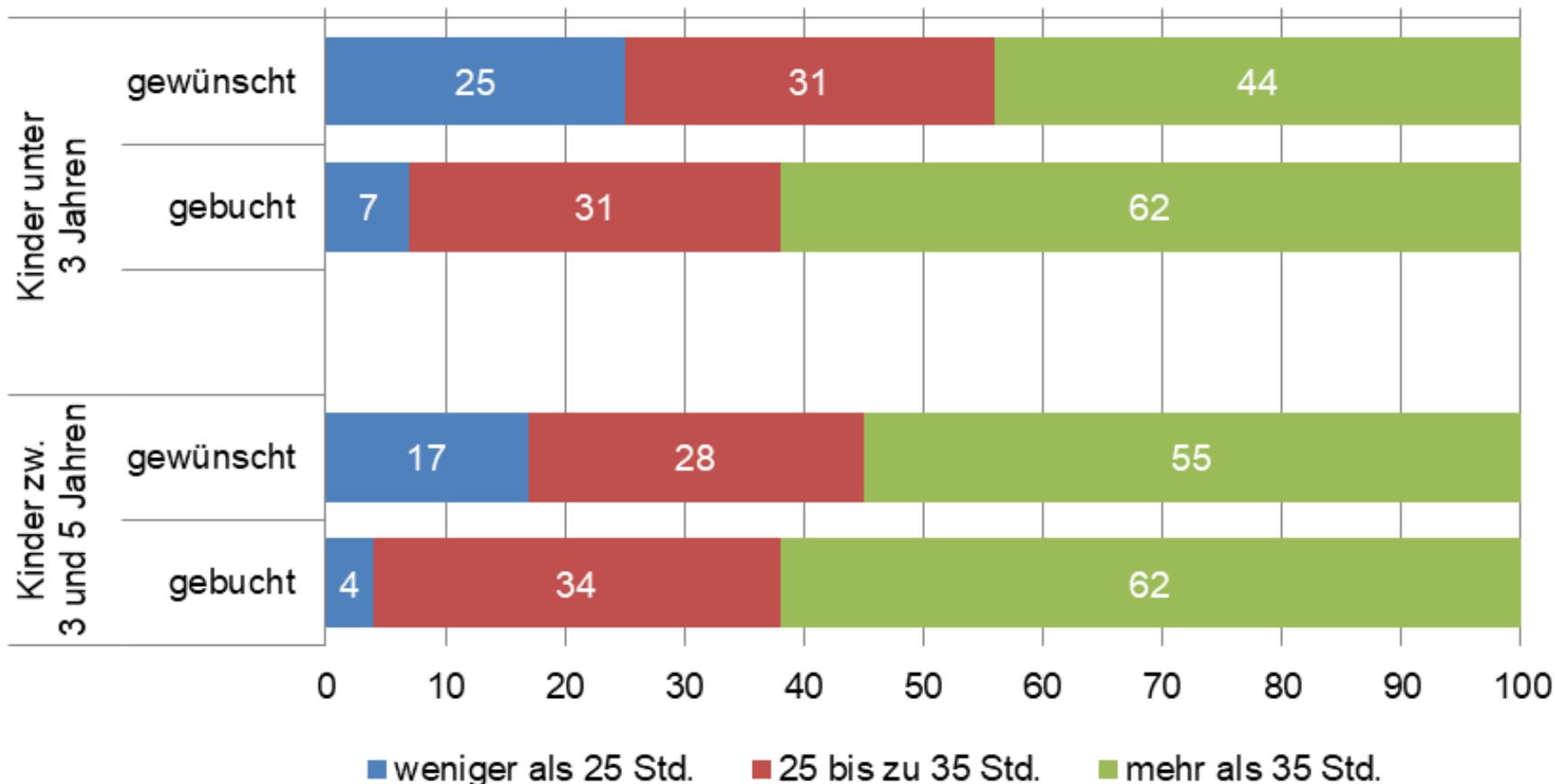
Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege, verschiedene Jahrgänge, eigene Berechnungen

Anteil der Kinder in Kitas 2006 und 2015 nach Betreuungsumfang und Altersgruppen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege, 2006 und 2015, eigene Berechnungen

Bedarfsanalysen:



Quelle: Alt et al. (2017): DJI-Kinderbetreuungsreport 2017. Inanspruchnahme und Bedarfe aus Elternperspektive im Bundesländervergleich. München, eigene Darstellung; Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege, 2016, eigene Berechnungen

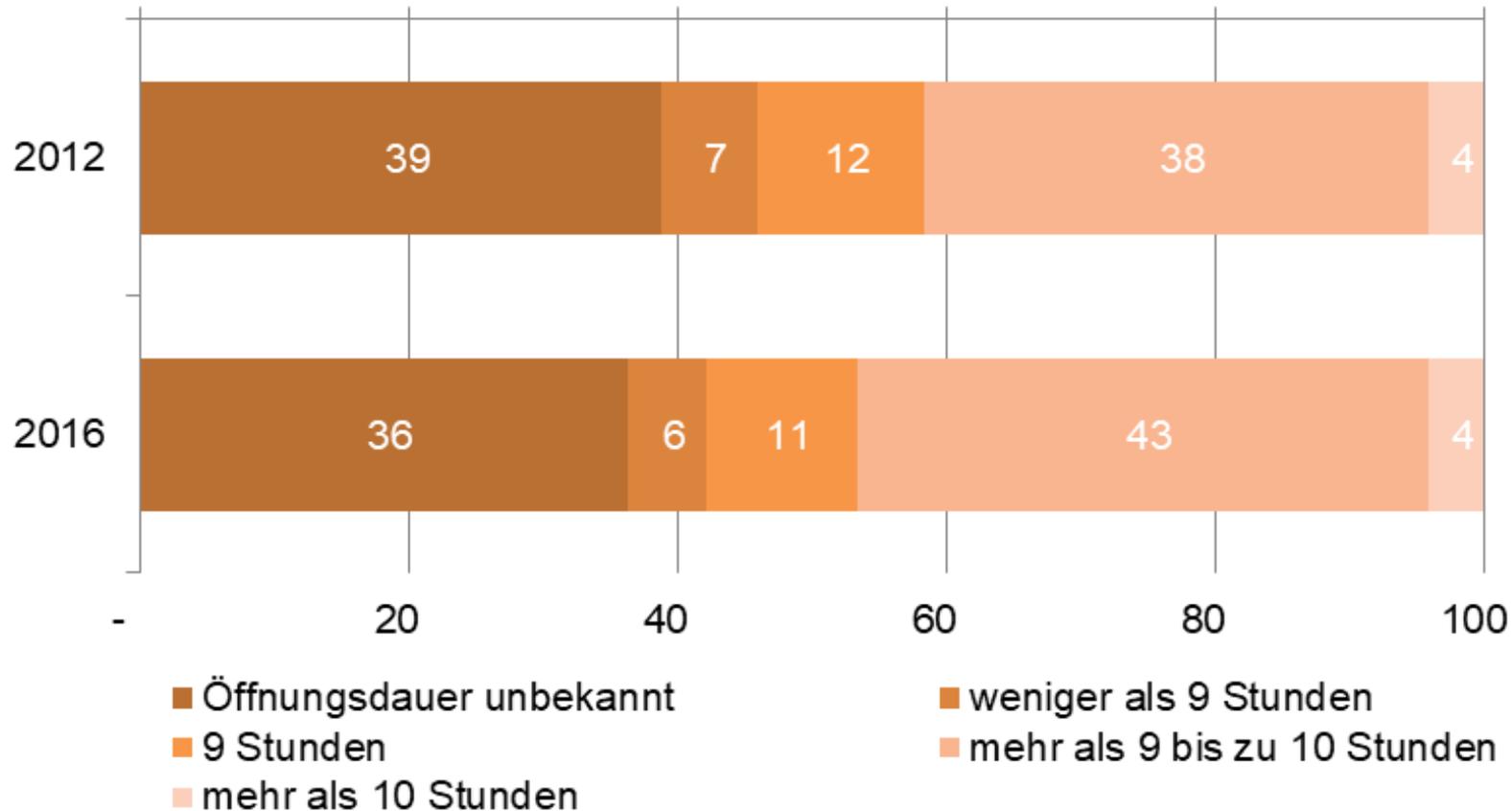
„Ursachen des hohen Ausgabenniveaus

- Die überdurchschnittlichen Ausgaben waren auf
- die Förderungs- und Finanzierungsregelungen,
 - die großzügige Ausstattung der Einrichtungen mit zusätzlichem Erziehungspersonal,
 - die systembedingte Personalbemessung nach Gruppen sowie
 - nicht dem Bedarf angepasste Betreuungsangebote
- zurückzuführen.“ (Landesrechnungshof 2017, S. 64)

„Ursachen des hohen Ausgabenniveaus

- Die überdurchschnittlichen Ausgaben waren auf
- die Förderungs- und Finanzierungsregelungen,
 - die **großzügige Ausstattung der Einrichtungen mit zusätzlichem Erziehungspersonal**,
 - die systembedingte Personalbemessung nach Gruppen sowie
 - nicht dem Bedarf angepasste Betreuungsangebote
- zurückzuführen.“ (Landesrechnungshof 2017, S. 64)

Öffnungszeiten von Kitas in Rheinland-Pfalz 2012 und 2016



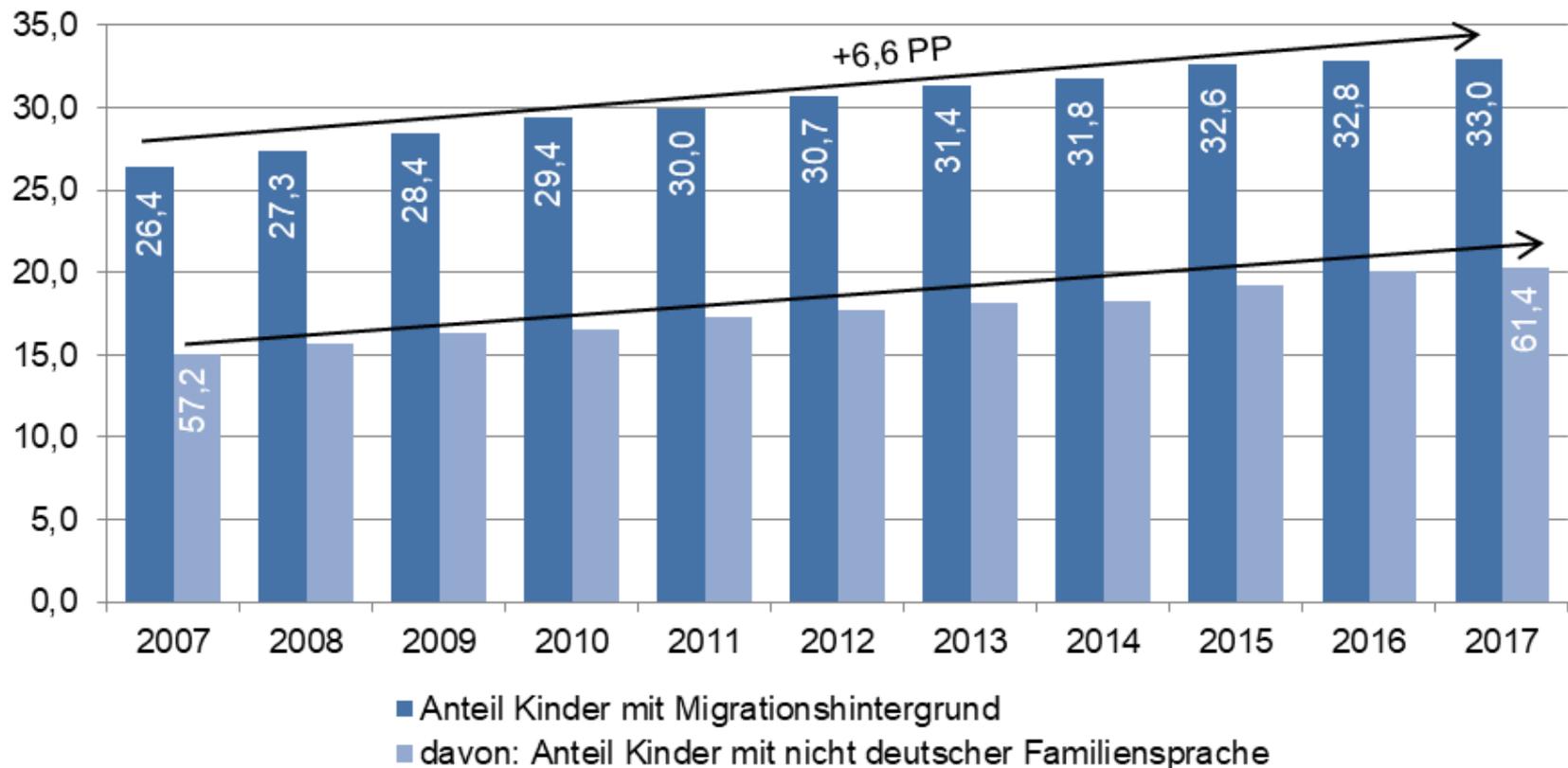
Quelle: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege, 2012 und 2015, eigene Berechnungen

Gewünschte und gebuchte Betreuungsumfänge in Rheinland-Pfalz

	Kinder unter 3 Jahren		Kinder zwischen 3 und 5 Jahren	
	Kernzeit	Erweiterte Betreuungszeit	Kernzeit	Erweiterte Betreuungszeit
mind. 5 Stunden pro Woche zu wenig	32	72	37	69
2-5 Stunden pro Woche zu wenig	19	17	20	21
passend	40	8	33	8
mind. 2 Stunden pro Woche zu viel	9	3	10	2

Quelle: DJI, DJI-Kinderbetreuungsstudie U15; Nur betreute Kinder; Welle 5

Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Familiensprache in RLP 2007 bis 2017

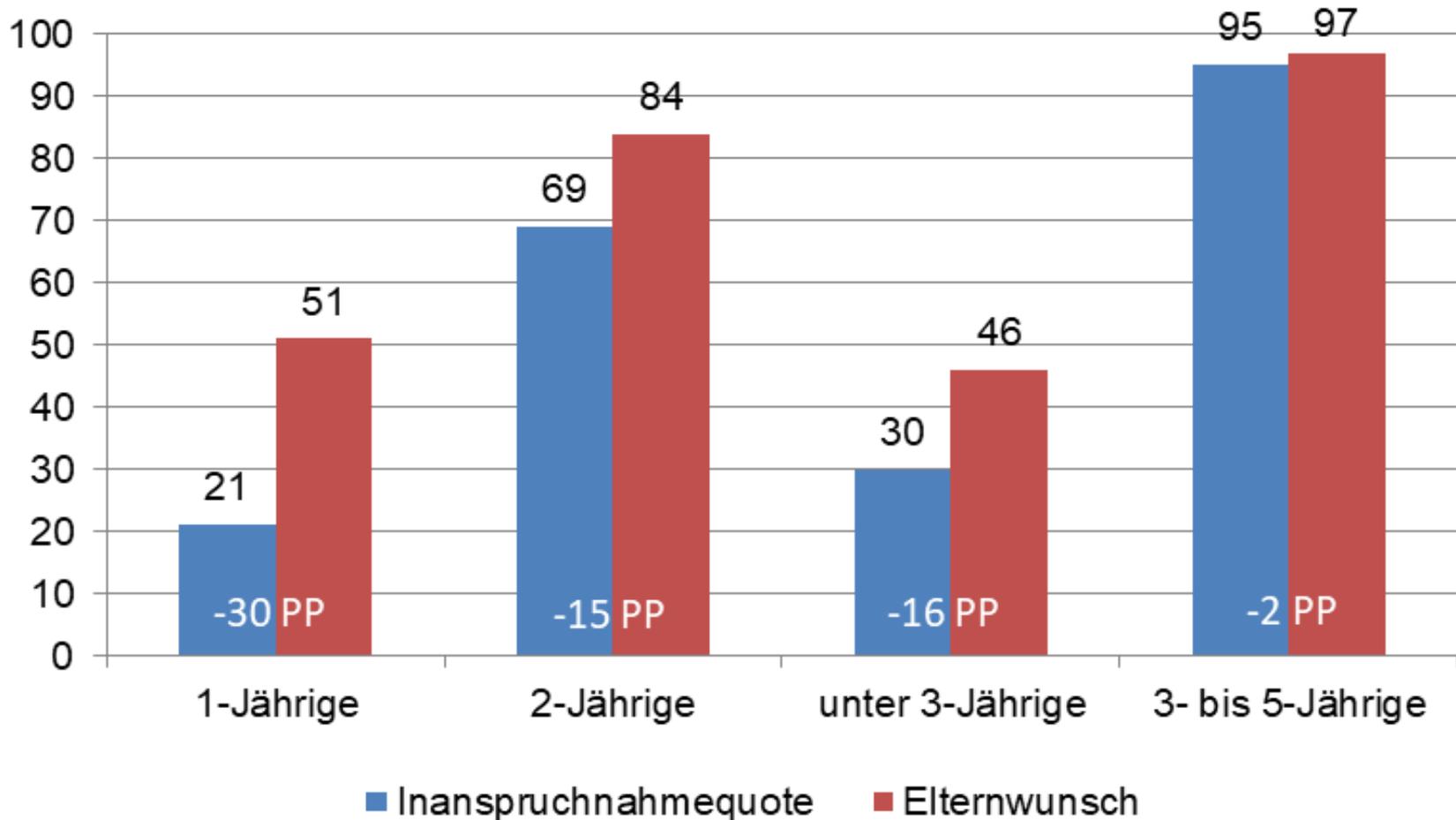


Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege, verschiedene Jahrgänge, eigene Berechnungen

„Ursachen des hohen Ausgabenniveaus

- Die überdurchschnittlichen Ausgaben waren auf
- die Förderungs- und Finanzierungsregelungen,
 - die großzügige Ausstattung der Einrichtungen mit zusätzlichem Erziehungspersonal,
 - die systembedingte Personalbemessung nach Gruppen sowie
 - **nicht dem Bedarf angepasste Betreuungsangebote**
- zurückzuführen.“ (Landesrechnungshof 2017, S. 64)

Inanspruchnahme und Elternwunsch



Quelle: Alt et al. (2017): DJI-Kinderbetreuungsreport 2017. Inanspruchnahme und Bedarfe aus Elternperspektive im Bundesländervergleich. München, eigene Darstellung; Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege, 2016, eigene Berechnungen

„So standen am 1. März 2016 überschlägig 172.500 Plätze zur Verfügung¹⁰⁶. Zu diesem Zeitpunkt waren 151.846 Kinder angemeldet⁷⁸. Selbst wenn berücksichtigt wird, dass die Belegung bis zum Ende des Kindergartenjahres üblicherweise steigt, verblieben etwa 12.000 Plätze, die nie belegt waren. Rechnerisch entfielen hierauf Personalausgaben von rund 90 Mio. € jährlich.“(Landesrechnungshof 2017, S. 67)

„So standen am **1. März 2016** überschlägig **172.500 Plätze** zur Verfügung¹⁰⁶. Zu diesem Zeitpunkt waren 151.846 Kinder angemeldet⁷⁸. Selbst wenn berücksichtigt wird, dass die Belegung bis zum Ende des Kindergartenjahres üblicherweise steigt, verblieben etwa 12.000 Plätze, die nie belegt waren. Rechnerisch entfielen hierauf Personalausgaben von rund 90 Mio. € jährlich.“(Landesrechnungshof 2017, S. 67)

- 1. März 2016: **169.206** genehmigte Plätze (ohne Plätze in Spiel- und Lernstuben) – d.h. ca. 3.300 Plätze weniger als geschätzt

„So standen am **1. März 2016** überschlägig **172.500 Plätze** zur Verfügung¹⁰⁶. Zu diesem Zeitpunkt waren **151.846 Kinder** angemeldet⁷⁸. Selbst wenn berücksichtigt wird, dass die Belegung bis zum Ende des Kindergartenjahres üblicherweise steigt, verblieben etwa 12.000 Plätze, die nie belegt waren. Rechnerisch entfielen hierauf Personalausgaben von rund 90 Mio. € jährlich.“(Landesrechnungshof 2017, S. 67)

- 1. März 2016: **169.206** genehmigte Plätze (ohne Plätze in Spiel- und Lernstuben) – d.h. ca. 3.300 Plätze weniger als geschätzt
- 1. März 2016: **17.360** Plätze mehr genehmigt als gemeldete Kinder in den Kitas

„So standen am **1. März 2016** überschlägig **172.500 Plätze** zur Verfügung¹⁰⁶. Zu diesem Zeitpunkt waren **151.846 Kinder** angemeldet⁷⁸. Selbst wenn berücksichtigt wird, dass die **Belegung bis zum Ende des Kindergartenjahres** üblicherweise steigt, verblieben etwa 12.000 Plätze, die nie belegt waren. Rechnerisch entfielen hierauf Personalausgaben von rund 90 Mio. € jährlich.“(Landesrechnungshof 2017, S. 67)

- 1. März 2016: **169.206** genehmigte Plätze (ohne Plätze in Spiel- und Lernstuben) – d.h. ca. 3.300 Plätze weniger als geschätzt
- 1. März 2016: **17.360** Plätze mehr genehmigt als gemeldete Kinder in den Kitas

Monatsgenaue Aufnahmequote von Kindern unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen zwischen April 2015 und März 2016

Land	Davon im Monat:											
	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Schleswig-Holstein	10,3	7,3	7,6	3,4	3,2	2,9	1,9	31,9	13,5	7,8	6,5	3,8
Hamburg	12,5	10,1	8,2	5,2	5,0	6,0	5,0	12,1	13,2	9,8	8,6	4,2
Niedersachsen	10,2	7,3	6,7	2,7	2,8	2,0	1,4	31,2	17,1	8,6	6,5	3,5
Bremen	4,4	3,8	2,9	1,5	1,4	1,0	0,8	69,5	5,0	4,5	3,4	1,8
Nordrhein-Westfalen	4,8	2,5	2,8	1,0	1,0	0,7	0,7	73,0	4,9	3,3	3,1	2,1
Hessen	11,5	10,0	13,3	3,5	4,2	4,0	3,7	8,4	18,0	10,6	8,6	4,3
Rheinland-Pfalz	12,3	10,2	9,6	4,9	5,1	5,3	4,0	3,7	16,8	12,6	10,7	4,8
Baden-Württemberg	12,6	11,0	13,7	4,1	4,4	4,6	3,6	2,3	18,9	11,7	9,1	4,1
Bayern	12,7	7,4	8,2	3,2	3,2	2,8	2,1	1,0	39,2	9,8	7,2	3,3
Saarland	12,3	10,0	13,2	4,6	6,5	5,6	5,7	4,7	14,3	10,2	8,2	4,8
Ostdeutschland	9,4	7,6	8,8	4,6	4,5	4,6	4,1	16,0	18,7	9,5	7,4	4,9

Quelle: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege, 2016, eigene Berechnungen

Monatsgenaue Aufnahmequote von Kindern zwischen 3 Jahren und dem Schuleintritt in Kindertageseinrichtungen zwischen April 2015 und März 2016

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Schleswig-Holstein	7,6	4,4	3,5	2,8	2,6	1,8	1,6	51,2	11,3	5,9	4,8	2,7
Hamburg	9,6	6,4	6,0	5,4	5,2	4,9	6,1	21,6	14,9	8,9	7,2	3,9
Niedersachsen	6,6	4,3	3,2	2,2	2,0	1,3	1,0	51,6	14,8	5,7	4,7	2,6
Bremen	2,8	1,9	1,3	1,0	1,1	0,6	0,3	81,2	2,9	3,0	2,3	1,6
Nordrhein-Westfalen	3,5	2,2	1,9	1,3	1,2	0,8	0,5	75,3	5,3	2,9	2,8	2,1
Hessen	8,2	5,8	5,6	3,6	3,7	3,0	2,3	21,8	25,1	9,8	7,3	3,9
Rheinland-Pfalz	10,5	7,7	6,8	5,8	5,6	4,5	2,8	9,9	20,4	12,3	9,1	4,6
Baden-Württemberg	10,7	7,8	7,3	5,2	5,1	4,4	3,1	2,4	28,5	12,5	8,6	4,4
Bayern	8,0	3,8	3,8	2,6	2,3	1,5	0,9	0,5	64,1	6,5	4,0	2,1
Saarland	9,6	7,1	6,3	5,2	5,2	4,7	3,6	14,1	20,0	10,1	8,6	5,6
Ostdeutschland	8,2	6,0	6,2	5,0	4,5	4,1	4,2	20,3	21,0	9,1	6,9	4,6

Quelle: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege, 2016, eigene Berechnungen

„Die finanziellen Auswirkungen sind beträchtlich. So standen am **1. März 2016** überschlägig **172.500 Plätze** zur Verfügung¹⁰⁶. Zu diesem Zeitpunkt waren **151.846 Kinder** angemeldet⁷⁸. Selbst wenn berücksichtigt wird, dass die Belegung bis zum Ende des Kindergartenjahres üblicherweise steigt, verblieben **etwa 12.000 Plätze, die nie belegt waren**. Rechnerisch entfielen hierauf Personalausgaben von rund 90 Mio. € jährlich.“(Landesrechnungshof 2017, S. 67)

- 1. März 2016: **169.206** genehmigte Plätze (ohne Plätze in Spiel- und Lernstuben) – d.h. ca. 3.300 Plätze weniger als geschätzt
- 1. März 2016: **17.360** Plätze mehr genehmigt als gemeldete Kinder in den Kitas
- Zwischen März und Juli 2015: Aufnahme von **weiteren etwa 12.000 Kindern** in die Kitas
- Annahme: 2016 etwa gleiche Entwicklung → (17.360 – 12.000) **ca. 5.360 freie Plätze** am Ende des Kita-Jahres

„Die finanziellen Auswirkungen sind beträchtlich. So standen am **1. März 2016** überschlägig **172.500 Plätze** zur Verfügung¹⁰⁶. Zu diesem Zeitpunkt waren **151.846 Kinder** angemeldet⁷⁸. Selbst wenn berücksichtigt wird, dass die Belegung bis zum Ende des Kindergartenjahres üblicherweise steigt, verblieben **etwa 12.000 Plätze, die nie belegt waren**. Rechnerisch entfielen hierauf Personalausgaben von **rund 90 Mio. € jährlich**.“ (Landesrechnungshof 2017, S. 67)

- 1. März 2016: **169.206** genehmigte Plätze (ohne Plätze in Spiel- und Lernstuben) – d.h. ca. 3.300 Plätze weniger als geschätzt
- 1. März 2016: **17.360** Plätze mehr genehmigt als gemeldete Kinder in den Kitas
- Zwischen März und Juli 2015: Aufnahme von **weiteren etwa 12.000 Kindern** in die Kitas
- Annahme: 2016 etwa gleiche Entwicklung → (17.360 – 12.000) **ca. 5.360 freie Plätze** am Ende des Kita-Jahres
- d.h.: **ca. 40 Mio. €** (wenn gerechnet wurde, dass die 12.000 unbelegten Plätze Kosten in Höhe von 7.500 € verursachen)

„Ursachen des hohen Ausgabenniveaus

- Die überdurchschnittlichen Ausgaben waren auf
- die Förderungs- und Finanzierungsregelungen,
 - die großzügige Ausstattung der Einrichtungen mit zusätzlichem Erziehungspersonal,
 - die **systembedingte Personalbemessung nach Gruppen** sowie
 - nicht dem Bedarf angepasste Betreuungsangebote
- zurückzuführen.“ (Landesrechnungshof 2017, S. 64)

Auswirkungen von Gruppenstruktur und Bewilligungspraxis auf die Personalkosten		
	Kindertagesstätte A	Kindertagesstätte B
Kinderzahlen 2014 (maximale Belegung)		
Insgesamt	48	49
davon		
U3-Kinder	11	7
davon U2-Kinder	3	4
Platzzahlen		
Insgesamt	65	60
davon		
U3-Plätze	11	28
Ganztagsplätze	25	25
Eingerichtete Gruppen	1 kleine Altersmischung 1 Regelgruppe 1 geöffnete Gruppe (für bis zu vier Zweijährige)	4 kleine Altersmischungen zu je 15 Plätzen
Pädagogisches Personal (Stellen)	6,25	12,75 (besetzt 12,5)
Personalkosten 2014 (€)	332.000	765.000
Personalkosten je belegtem Platz (€)	6.917	15.612

Quelle: Landesrechnungshof 2017, S. 69

Was heißt das aus fachlicher Sicht?

Personalausstattung in Kita A:

- 1 Personalstelle für **7,7 Kinder**
- für 11 u3-Plätze: 3,7 Personalstellen bei Einhaltung des geförderten Schlüssels 1:3
- d.h. für **37 ü3-Plätze** bleiben von den 6,25 Stellen noch **2,6 Stellen** übrig, was einem Verhältnis von **1:14,2** entspricht

Kita B:

- 1 Personalstelle für **3,8 Kinder**
- für 7 u3-Plätze: 2,3 Personalstellen bei Einhaltung des geförderten Schlüssels 1:3
- d.h. für **42 ü3-Plätze** bleiben von den 12,75 Stellen noch **10,4 Stellen** übrig, was einem Verhältnis von **1:4,0** entspricht

Geht man einen Schritt weiter...

Beibehaltung der Personalausstattung, aber Belegung aller genehmigten Plätze:

Kita A:

- für 11 u3-Plätze: 3,7 Personalstellen bei Einhaltung des geförderten Schlüssels 1:3
- d.h. für **54 ü3-Plätze** bleiben von den 6,25 Stellen noch **2,55 Stellen** übrig
- das entspräche einem Verhältnis von **1:21,2**

Kita B:

- für 28 u3-Plätze: 9,3 Personalstelle bei Einhaltung des geförderten Schlüssels 1:3
- d.h. für **32 ü3-Plätze** bleiben von den 12,75 Stellen noch **3,4 Stellen** übrig
- das entspräche einem Verhältnis von **1:9,4**

Erstaunliches zum Schluss:

Landesrechnungshof zu KiTa-Gesetz

🔊 Vorlesen

"Es fehlt an klaren Regelungen"

Die Finanzierung der KiTas im Land sei unklar geregelt, urteilt der Landesrechnungshof. Er fordert außerdem, Betreuungsschlüssel zu überprüfen und dabei die Urlaubs- und Krankheitszeiten der Erzieherinnen einzuplanen.



Forderung: Betreuungsschlüssel überprüfen

Der Landesrechnungshof stellte außerdem die **Betreuungsschlüssel zur Debatte**. Diese Quoten legen fest, wie viele Kinder von einer Fachkraft in einer KiTa betreut werden müssen. Das Problem: Bisher werden Abwesenheitszeiten, etwa wenn Erzieherinnen durch Krankheit oder Urlaub ausfallen, unzureichend berücksichtigt – der Rechnungshof fordert, das zu ändern.

Quelle: <http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/landesrechnungshof-kritisiert-kifoeg-100.html>; Zugriff: 3.11.2017

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt:

Dr. Christiane Meiner-Teubner

Forschungsverbund DJI/TU Dortmund
Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik
Vogelpothsweg 78
44227 Dortmund

Telefon: 0231/755-8188

Mail: christiane.meiner@tu-dortmund.de oder meiner-teubner@dji.de

I. V e r m e r k

Kindertagesstätten

Diskursforum am 10. November 2017 beim IBEB

Stellungnahme zum Impulsreferat von Fr. Dr. Meiner-Teubner (TU Dortmund)

1. Allgemein

Das Impulsreferat versucht insgesamt den Eindruck zu erwecken, der Rechnungshof habe die Gründe für die Kostensteigerungen nicht ausreichend berücksichtigt. Der Rechnungshof hat die Legitimation einer Kostensteigerung nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Er hat vielmehr ausgewählte Ursachen untersucht, die die Berechtigung des konkreten Umfangs der Kostensteigerung sowie der Höhe der Kosten im Ländervergleich als zweifelhaft erscheinen lassen.

2. Betreuungsumfang (Folien 7 und 8)

Folie 7 beschreibt die Zunahme des vereinbarten Betreuungsumfangs im Zehnjahresvergleich. Dies entkräftet nicht die Feststellung, dass der - wenn auch ebenfalls gestiegene - tatsächliche Betreuungsumfang in Rheinland-Pfalz erheblich unter dem vereinbarten Betreuungsumfang liegt (Tz. 3 des Kommunalberichtsbeitrags). Des Weiteren widerlegt die Darstellung nicht die Feststellungen des Rechnungshofs zur Existenz nicht ausgelasteter Ganztagsplätze (Tz. 5.3 des Kommunalberichtsbeitrags).

Folie 8 bestätigt die vom Rechnungshof aufgezeigte Problematik bei der Nutzung von Ganztagsplätzen:

Im Bereich der Ü3-Kinder ist der Anteil der gebuchten Betreuung im Ganztagsbereich (> 35 Stunden) um 18 Prozentpunkte höher als die diesbezüglichen Elternwünsche. Vergleicht man im Bereich der U3-Kinder den gewünschten und gebuchten Betreuungsumfang im Bereich > 45 Stunden, so liegt der Anteil des letzteren um 17,5 Prozentpunkte über den Elternwünschen¹. Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass der tatsächliche Betreuungsumfang regelmäßig unter dem als Wunsch angegebenen Betreuungsumfang liegt.

3. In 2016 nicht belegte Plätze (Folien 16 bis 23)

3.1 Gesamtplatzzahl

Folie 17 geht für den 1. März 2016 von 169.206 Plätzen (ohne Spiel- und Lernstuben) aus². Diese Zahl kann aus folgenden Gründen nicht zutreffen:

¹ Tabelle 89 und 90 Länderreport frühkindliche Bildungssysteme 2017.

² Quellen hierfür werden nicht genannt.

- Plätze in Spiel- und Lernstuben (je nach Quelle 1.433 bzw. 1.453 Plätze) können nicht außeracht gelassen werden. Bei diesen Einrichtungen handelt es sich um Kindertagesstätten im Sinne des Gesetzes, deren Nutzer auch in der Statistik erfasst sind.
- Die amtliche Statistik weist zum 1. März 2016 171.945 Plätze aus, wobei das Risiko fehlerhafter Meldungen zu berücksichtigen ist.
- Die Keyfacts³ wiesen für August 2015 und Februar 2016 165.350 bzw. 166.662 Plätze aus. Nach Auswertung der Betriebserlaubnisdatenbank (Stand 1. August 2015) fehlten dabei 659 Plätze in „Haus für Kinder“-Gruppen, 1.433 Plätze in Spiel- und Lernstuben, 494 Plätze in provisorischen Gruppen, 172 Ausbauplätze sowie 1.839 Plätze für behinderte Kinder in heilpädagogischen und integrativen Gruppen⁴.
- Die Betriebserlaubnisdatenbank, deren Daten sich im Rahmen von Erhebungen bei geprüften Stellen als valide erwiesen, wies zum Stand 1. August 2015 171.431 Plätze aus.

Bei der Berechnung der von ihm angegebenen Platzzahl zum 1. März 2016 (172.500) ging der Rechnungshof daher von den Nachweisen in der Betriebserlaubnisdatenbank aus und erhöhte den nachgewiesenen Bestand um die sich nach den Keyfacts ergebende Differenz zwischen den Platzzahlen im August 2015 und Februar 2016. Das zudem großzügig abgerundete Ergebnis kann nach alledem größeren Anspruch auf Realitätsnähe erheben, als die von der Referentin ohne Quellenangabe genannte Platzzahl.

3.2 Entwicklung der Kinderzahlen während des Kindergartenjahres

Ausgehend von (zu geringen) Gesamtplatzzahlen am 1. März errechnet die Referentin die ganzjährig unbelegten Plätze wie folgt: Die zum 1. März in der Statistik ausgewiesene Zahl angemeldeter Kinder wird um die Zahl der Anmeldungen von März bis Juli erhöht. Die sich dann ergebende Differenz zwischen angemeldeten Kindern und Gesamtplatzzahl wird als ganzjährig unbelegt ausgewiesen (Folien 20 bis 22). Die so berechnete Zahl unbelegter Plätze ist erheblich zu gering:

- In Rheinland-Pfalz erscheinen während des März angemeldete Kinder in aller Regel statistisch als zum 1. März angemeldet. Soweit die Referentin den zum 1. März ausgewiesenen statistischen Wert um die Anmeldungen im März erhöht, führt dies zu einer unzulässigen Redundanz⁵.
- Des Weiteren scheinen nur die Anmeldedaten, nicht aber Abmeldungen (insbesondere bei Einrichtungswechseln) bei der Berechnung berücksichtigt zu sein.

Nach alledem kann die vom Rechnungshof konservativ geschätzte Zahl⁶ ganzjährig unbelegter Plätze (12.000) keinesfalls als widerlegt gelten.

³ Abrufbar auf der website <https://kita.rlp.de>.

⁴ Des Weiteren dürften auch 1.914 Plätze für nicht behinderte Kinder in integrativen Gruppen gefehlt haben.

⁵ Diese betrifft nach grober Schätzung etwa 3.600 Anmeldungen, da rund 30% der für März bis Juli insgesamt ausgewiesenen Anmeldungen auf den März entfallen.

⁶ Zumal darin die Steigerungen der Platzzahl von März bis Ende des Kindergartenjahres nicht berücksichtigt sind.

4. Relativierung eines Negativbeispiels zur Personalausstattung im Kommunalbericht⁷ (Folien 25 bis 27)

Der Rechnungshof hat am Beispiel zweier, im Hinblick auf ihre Belegung vergleichbare Kindertagesstätten, die sachlich nicht gerechtfertigten, erheblichen Unterschiede in der Personalausstattung dargestellt. Das Impulsreferat legt im Hinblick auf die tatsächliche und die mögliche U3-Belegung dieser Kindertagesstätten die von der BertelsmannStiftung empfohlenen Personalschlüssel zugrunde und ermittelt die sodann verbleibende Betreuungsrelation für die Ü3-Kinder.

Soweit mit dieser Berechnung Personalmangel in der Kindertagesstätte A suggeriert und ein Personalüberhang in der Kindertagesstätte B bestritten werden soll, überzeugt dies nicht:

- Im Unterschied zur BertelsmannStiftung beurteilt die Referentin die faktischen Betreuungsschlüssel nicht nach den Kinderzahlen am 1. März, sondern alternativ nach der tatsächlichen Maximalbelegung des Bezugsjahres (Folie 26) bzw. der Platzzahl (Folie 27). Dadurch stellt sich das Ergebnis schlechter dar als bei Berechnung nach der Systematik der BertelsmannStiftung.
- Zudem rechnet die Referentin anders als die BertelsmannStiftung nicht mit Ganztagsinanspruchnahmeäquivalenten, sondern mit Kinderzahlen. Auch dies verfälscht das Ergebnis.

Berechnet man unter Zugrundelegung der Systematik der BertelsmannStiftung sowie unter Berücksichtigung eines Betreuungsumfangs, der aus Gründen größerer Realitätsnähe dem in Baden-Württemberg durchschnittlich vereinbarten entspricht (Tz. 3 des Kommunalberichtsbeitrags), so ergibt sich für die Kindertagesstätte A lediglich ein ungedeckter Personalbedarf in geringfügigem Umfang (0,67 VzÄ), während bei Kindertagesstätte B ein erheblicher Personalüberhang verbleibt (6,2 VzÄ).

Würde übrigens - wie in der Diskussion angeklungen - die Personalausstattung der Beispielskindertagesstätte B zum Maßstab für die Personalausstattung aller Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz erhoben, wäre dies - überschlägig berechnet - mit jährlichen Mehrausgaben von über 900 Mio. € verbunden.

Ref. 6.1
gez. Flick

⁷ Tz. 2.2.5.